

NACH DEM PARTEITAG

CDU muss jetzt Profil schärfen



GRÜNE BLOCKADEN

**Wie Umweltverbände
Großprojekte verhindern**

INTERVIEW MIT
KARL-RUDOLF KORTE

**„Merkel-Malus
ist weg“**

Sc

Brinkhaus



Warum sich Unternehmer für **SIMSme Business** entscheiden

SIMSme Business von der Deutschen Post hat alles was ein Messenger im beruflichen Kontext braucht – plus etwas mehr, das diesen Messenger so besonders macht.

SIMSme Business bietet das PLUS an Sicherheit:

- Ende-zu-Ende Verschlüsselung aller Daten
- Server in Deutschland; ISO 27001 zertifizierte Rechenzentren
- Compliance- und EU DSGVO-konform
- Regelmäßige Sicherheitsaudits
- Synchrone Datenhaltung mit geprüfter Kryptografie auf allen Geräten

SIMSme Business bietet das PLUS an Convenience:

- Bequem Daten, Fotos und Videos teilen
- Synchron auf bis zu zehn Geräten
- Zügig arbeiten mit Drag-and-drop
- Ideale Verbindung von Innen- und Außendienst
- Selbstzerstörungsfunktion für besonders vertrauliche Nachrichten



SIMSme
BUSINESS MESSENGER

Powered by



Interesse? Sie wollen **SIMSme Business** kennenlernen? https://bit.ly/smb_testen



Jetzt erst recht!

*Liebe Anwesende
und das,*

ein wohl schon jetzt als historisch zu bezeichnender CDU-Parteitag ist vorüber. Der offene und faire Wettstreit um den Vorsitz der CDU hat unserer Partei richtig gutgetan. Vor allem hat er gezeigt, wie breit unsere Partei inhaltlich wie personell aufgestellt ist. Jetzt muss es uns schnell gelingen, die Reihen wieder zu schließen. Aus meiner Präferenz für Friedrich Merz habe ich keinen Hehl gemacht. Umso mehr wünsche ich mir, dass auch er weiterhin ein Aktivposten unserer Partei bleibt – so wie auch Jens Spahn dies angekündigt und durch seine Wahl ins Präsidium schon verwirklicht hat. Wir brauchen sie beide, gerade in den anstehenden Wahlkämpfen im nächsten Jahr.

Wenn die CDU zu alter Stärke zurückfinden will, braucht sie nicht nur ein glaubwürdiges Führungspersonal, sondern auch klare und verlässliche Positionen. Und in diesem Punkt können wir als MIT diesen Parteitag durchaus als Erfolg verbuchen, denn wir konnten so viele Positionen durchsetzen wie noch nie:

1. Die im Vorfeld zunächst von der Parteiführung abgelehnte Forderung nach vollständiger Soli-Abschaffung in der laufenden Legislaturperiode wurde am Ende von der CDU-Führung unterstützt und vom Parteitag mit breiter Mehrheit beschlossen.
2. Auch mit der Abschaffung der Doppelverbeitragung für betriebliche Altersvorsorge haben wir uns durchgesetzt – in dem Fall sogar gegen das Votum der Antragskommission. Nach intensiver Debatte ist der Parteitag unserem Antrag gefolgt.
3. Wir konnten eine Absage an die Vermögensteuer im Leitantrag zur Sozialen Marktwirtschaft unterbringen.
4. Der Parteitag hat sich alle unsere Forderungen zur Reform der Datenschutzgrundverordnung zu eigen gemacht.
5. Unsere Vorschläge zum Bürokratieabbau in der EU wurden im Grundsatz angenommen und sollen nun in das Wahlprogramm für die Europawahl eingearbeitet werden.
6. In einem Initiativantrag haben wir das Ende der Förderung der „Deutschen Umwelthilfe“ durch Bundesmittel gefordert. Auch dafür gab es eine große Mehrheit.



Auch bei den Personalentscheidungen insgesamt war die MIT erfolgreich: Unser Präsidiumsmitglied Jens Spahn ist mit dem besten Stimmenergebnis von allen ins CDU-Präsidium gewählt worden. Der neue Generalsekretär Paul Ziemiak ist nicht nur MIT-Mitglied, sondern hat in der Vergangenheit mit der JU fast alle Forderungen der MIT unterstützt. Von 15 CDU-Präsidiumsmitgliedern gehören 8 der MIT an. Keine andere Vereinigung hat so viele Mitglieder im CDU-Präsidium.

Die neue CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer hat in den letzten Monaten und auch jetzt im „Wahlkampf“ um das Vorsitzendenamt viele MIT-Positionen übernommen. Sie hat die MIT immer wieder eingebunden und auch häufig lobend erwähnt. Ich bin sehr zuversichtlich, dass sie der CDU ein eigenes, klareres Profil geben wird. Wir sehen die neue Parteiführung in der Pflicht, jetzt mehr denn je uns einzubinden und auf unsere Argumente zu hören.

Ich bitte Sie deshalb alle, sich jetzt noch stärker einzubringen, damit wir unserer Rolle gerecht werden: Wir sind die Kämpfer für die Soziale Marktwirtschaft nach Ludwig Erhard. Jetzt erst recht!

Herzliche Grüße

Carsten Linnemann

Carsten Linnemann
MIT-Bundesvorsitzender



Fotos: Tobias Koch, Laurence Chaperon, stock.adobe.com

Impressum

Herausgeber:
Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT), vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Carsten Linnemann MdB und den Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben

Schadowstraße 3, 10117 Berlin
E-Mail: redaktion@mit-bund.de
www.mit-bund.de

Chefredaktion:
Thorsten Alsleben (v.i.S.d.P.)

Chef vom Dienst:
Hubertus Struck

Redaktion:
Micha Knodt
Richard Praetorius

Verlag, Anzeigenleitung und Druck:
Union Betriebs-GmbH (UBG)
Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach
Telefon: 02226 802-213
Telefax: 02226 802-222
E-Mail: verlag@ubgnet.de
www.ubgnet.de
Geschäftsführer: Rudolf Ley,
Jürgen von Meer
Projektleitung: Andreas Oberholz

Art-Direktion:
UBG Büro Berlin

Titelbild:
Laurence Chaperon

Druckauflage
4. Quartal/2018:
26000 Exemplare
Die Mitgliedschaft in der IVW und die daraus resultierende Auflagenkontrolle wird seit dem 1. Quartal 2017 nahtlos fortgeführt.

Anzeigenverkauf:
Nielsen I, II, V, VI
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 86179
E-Mail: info@getz-medien.de

Nielsen IIIa, IIIb, IV, VII
Braun Medien GmbH
Telefon: 0202 3178693
E-Mail: info@braun-medien-gmbh.de

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Verwendung nur mit Genehmigung.
© Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT). Das Mittelstandsmagazin erscheint sechsmal jährlich. Für Mitglieder der MIT ist der Bezug des Mittelstandsmagazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Dieser Ausgabe liegt eine Werbebeilage der Firma Plan International Deutschland e.V. bei. Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung.

MIT:EDITORIAL
Jetzt erst recht!

3

von Carsten Linnemann

MIT:KOLUMNE
Es ist Zeit für eine Reform der Unternehmenssteuern

8

von Christian Ramthun
Deutschland hat die besten Ausgangsbedingungen für eine Reform. Die Regierung muss nur handeln.

MIT:TITEL
CDU-Parteitag Ergebnisse können sich sehen lassen

10

Die MIT hat den Parteitag programmatisch, personell und in der öffentlichen Wahrnehmung stark geprägt.

Stockende Großprojekte Grüne Verhinderungspolitik

19

Viele Bauvorhaben werden einfach nicht fertig. Oft verhindern Umweltverbände gezielt die Umsetzung.

Weltwirtschaft auf Talfahrt Sind die fetten Jahre bald vorbei?

22

So schlecht wie zum Jahresende war die Stimmung an den Märkten lange nicht. Die Koalition muss jetzt Reformen angehen.

MIT:ERKLÄRT
Neuer Mobilfunkstandard Wann und für wen kommt 5G?

26

Wie läuft die Lizenzversteigerung, welche Auflagen gibt es, und wann verschwinden die Funklöcher?

26





MIT:INTERVIEW

Interview mit Karl-Rudolf Korte
„Der Merkel-Malus ist weg“ 14
 Der bekannte Politikwissenschaftler
 sieht in Kramp-Karrenbauer die nächste
 Kanzlerin.

MIT:DEBATTE

Pro & Contra
**Sollte die 450-Euro-Grenze
 bei Minijobs signifikant
 angehoben werden?** 28
 Ingrid Hartges und Jana Schimke
 debattieren.

MIT:FAKTEN 6, 9

In Deutschland fehlen vor allem Natur-
 wissenschaftler, die digitale Verwaltung
 hakt und Geld ist für viele ältere Beschäf-
 tigte nicht die Hauptmotivation.

MIT:INSIDE

Kandidaten präsentieren
 sich MIT-Vorstand 30

Neumitglieder 31

EU-Check 32

Social Media 34

Mitgliederstatistik 35

Neue Freiräume?

Mit durchgängig

digitalen Prozessen im

Unternehmen.



Egal, was Sie geschäftlich planen: Die dafür notwendigen Freiräume verschaffen Sie sich mit durchgängig digitalen DATEV-Lösungen für sämtliche kaufmännischen Aufgaben. So können Sie sich ganz auf das Wesentliche konzentrieren – Ihr Unternehmen.

[Digital-schafft-Perspektive.de](https://www.datev.de)



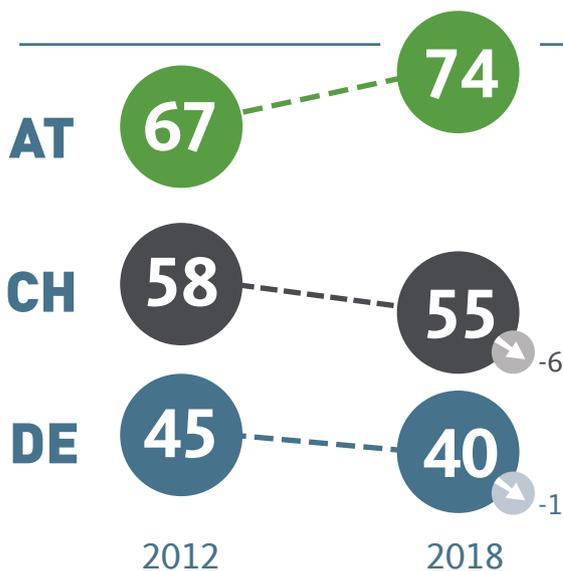
Zukunft gestalten. Gemeinsam.



500 000 offene MINT-Stellen

In Deutschland fehlen so viele Ingenieure und Naturwissenschaftler wie nie. Im Oktober 2018 waren 496.200 offene Stellen in MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) gemeldet. Das geht aus dem MINT-Herbstreport des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) Köln hervor. Insgesamt sind demnach rund 12 Millionen Menschen mit einem MINT-Abschluss auf dem deutschen Arbeitsmarkt tätig. Auch die Lücke zwischen

offenen Stellen und nach Arbeit suchenden Fachkräften wird in dem Bereich immer größer. Die lag im Oktober bei 337 900 Personen, und damit fast auf dem Allzeithoch im September dieses Jahres. Der Anteil zugewanderter MINT-Fachkräfte stieg in den vergangenen Jahren deutlich an. Immerhin: Voraussichtlich am 19. Dezember wird die Bundesregierung ihren Entwurf für ein Fachkräftezuwanderungsgesetz verabschieden.

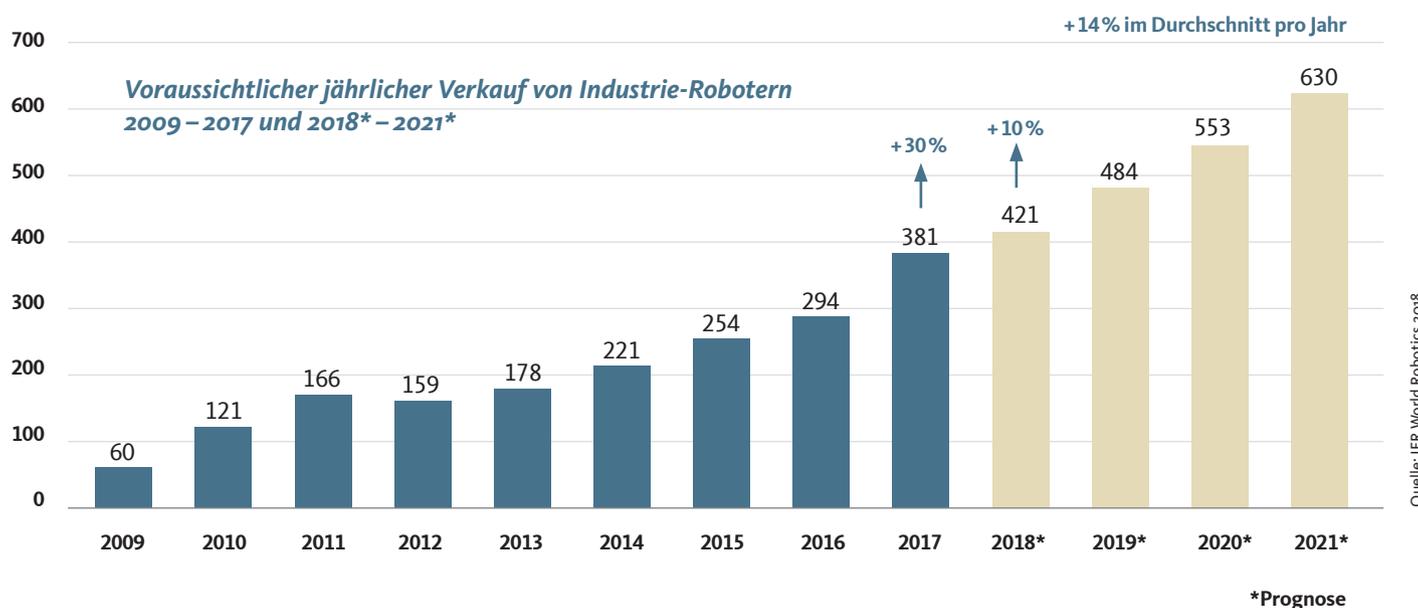


eGovernment: Nutzung sinkt

Der eGovernment-Monitor 2018 bringt es an den Tag: Während drei von vier Österreichern (74 Prozent) eGovernment-Angebote nutzen, zeigen sich die Bürger in Deutschland deutlich zurückhaltender. Nur 40 Prozent machen von digitalen Verwaltungsdienstleistungen Gebrauch. Tatsächlich ist die Nutzung sogar rückläufig: 2017 waren es einer Umfrage von Kantar TNS zufolge noch 41 Prozent, 2012 betrug der Anteil 45 Prozent. Österreich gehört bei der digitalen Verwaltung zu den europäischen Vorreitern. In Deutschland kommt die Umsetzung von eGovernment-Angeboten nur langsam voran. Zwar kennen viele Bürger die Möglichkeit solcher Verwaltungsdienste (etwa die elektronische Steuererklärung) und bekunden ihr Interesse daran. Die tatsächliche Nutzung liegt jedoch deutlich darunter, gleichzeitig kann die Zufriedenheit in Deutschland mit dem Niveau der beiden Nachbarländer nicht mithalten.

Industrie-Roboter: Deutschland Nr. 1 in Europa

Der weltweite Absatz von Industrie-Robotern hat 2017 einen neuen Rekord von 381 000 ausgelieferten Einheiten erreicht. Das entspricht einem Plus von 30 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Laut der International Federation of Robotics stieg der Jahresabsatz von Industrie-Robotern von 2013 bis 2017 um 114 Prozent. Der Verkaufswert kletterte um 21 Prozent auf einen neuen Höchststand von 16,2 Milliarden US-Dollar im Vergleich zu 2016. Die fünf wichtigsten Märkte weltweit sind China, Japan, Südkorea, USA und Deutschland – auf sie entfallen rund 73 Prozent des Gesamtumsatzes. Deutschland ist der fünftgrößte Robotermarkt weltweit und die Nummer eins in Europa. 2017 stieg die Zahl der verkauften Roboter um sieben Prozent auf den neuen Allzeit-Rekord von 21 404 Einheiten (2016: 20 074 Einheiten). Zwischen 2014 und 2016 hatte der jährliche Absatz bei rund 20 000 Einheiten stagniert.



Selbstständige werden entlastet

Gesetzlich krankenversicherte Selbstständige können 2019 mit finanzieller Entlastung rechnen. Vom 1. Januar 2019 an beträgt der Mindestbeitrag für freiwillig versicherte Selbstständige in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) 156 Euro monatlich. Das sieht das von Bundesgesundheitsminister Jens

Spahn vorgelegte und vom Bundestag beschlossene GKV-Entlastungsgesetz vor. Bislang zahlen Selbstständige mindestens 360 Euro im Monat. Zudem wird ein deutlicher Bürokratieabbau erreicht: In Zukunft muss kein Nachweis mehr erfolgen, ob eine haupt- oder nebenberufliche Selbstständigkeit vorliegt.

„Angezählt“



Der Energieverbrauch in Deutschland wird in diesem Jahr deutlich niedriger sein als im Vorjahr. Auf Basis der Zahlen für Januar bis September rechnet die Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen für das Gesamtjahr mit einem Rückgang um knapp fünf Prozent. Der Energieverbrauch beträgt dann rund 12 900 Petajoule (PJ) beziehungsweise 440,3 Millionen Tonnen Steinkohleneinheiten. Als Gründe dafür werden steigende Preise, die mildere Witterung sowie Verbesserungen bei der Energieeffizienz angegeben.

Es ist Zeit für eine Reform der Unternehmenssteuern

Von
Christian Ramthun

Wie stark ist Deutschland? Auf den ersten Blick superstark. Die Wirtschaft brummt, die Unternehmen schaffen Jobs in Rekordzahl, Steuern und Sozialabgaben füllen die öffentlichen Kassen, die Staatsverschuldung sinkt. Allerdings hat Stärke auch mit Dauerhaftigkeit zu tun, und da beginnt Deutschland zu schwächeln, weil andere Länder ihre wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessern.

Ein Blick über die Grenze zeigt, wie viele Regierungen neuerdings ihre Unternehmen steuerpolitisch unterstützen. Die USA haben vor Jahresfrist den Steuersatz auf durchschnittlich 26 Prozent gesenkt, die Briten gehen auf 17 Prozent herunter, in der Schweiz sind 21 und in Irland 12,5 Prozent fällig. In Deutschland verharrt hingegen die Steuerlast für Unternehmen bei 31 bis 32 Prozent. Nichts tut sich hierzulande steuerpolitisch seit nunmehr zehn Jahren – die Wirtschaft läuft ja so wunderbar.

Das ist gefährlich. Nicht umsonst sagt der Volksmund „Wer rastet, der rostet“, oder man solle sich nicht auf seinen Lorbeeren ausruhen. Die Bundesregierung darf sich nicht darauf verlassen, dass die Unternehmen wie gewohnt für Wirtschaftswachstum, Jobs und Steuern sorgen. Kein Unternehmen kann im internationalen Wettbewerb auf Dauer bestehen, wenn die Konkurrenten mit erheblich weniger Abgabenlasten antreten.

Inzwischen trüben sich die wirtschaftlichen Erwartungen ein. Jetzt wäre es an der Zeit, dass Bundesfi-



Christian Ramthun (47) ist stellvertretender Leiter des Hauptstadtbüros der WirtschaftsWoche. Er wurde mit dem Friedrich und Isabel Vogel-Preis für Wirtschaftsjournalismus und dem Ludwig-Erhard-Förderpreis ausgezeichnet.

nanzminister Olaf Scholz ein Konzept für eine Unternehmensteuerreform vorlegt, die dann CDU, CSU und SPD – gern auch mit den Stimmen von Grünen, FDP und Linken – im Bundestag und im Bundesrat absegnen.

Wo sollte die Steuerreform ansetzen? Bei Kapitalgesellschaften wäre es die Körperschaftsteuer, die Gewerbesteuer ist wegen kommunaler Befindlichkeiten offenkundig leider tabu. Personengesellschaften bräuchten natürlich auch Entlastung, am besten bei der Einkommensteuer, notfalls über (drastische) Anpassungen bei der Thesaurierungsrücklage. Der vollständige Abbau des Solidaritätszuschlages käme allen Unternehmen zugute. Bei der Verlustverrechnung sind wir bisher zu restriktiv. Die sechsprozentige Verzinsung von Steuernachzahlungen und von Rückstellungen ist längst aus

der Zeit gefallen und dürfte inzwischen auch verfassungswidrig sein. Und die Abschreibungstabellen sind angesichts des raschen technischen Fortschritts ebenfalls veraltet.

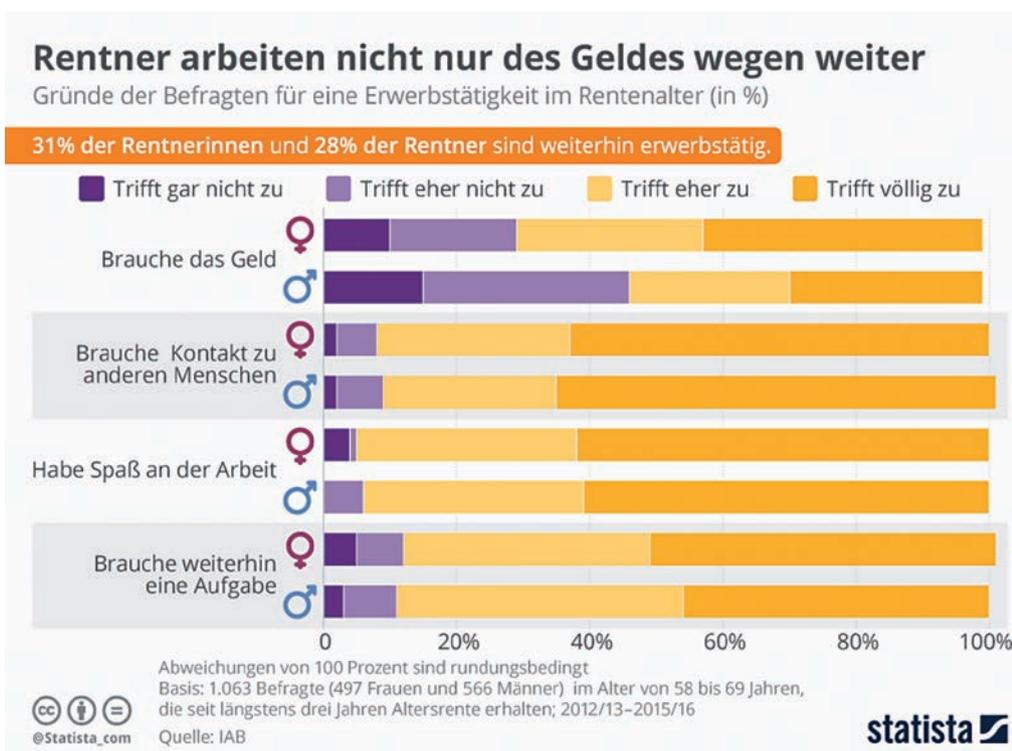
Leider haben CDU, CSU und SPD bei ihren Koalitionsverhandlungen Anfang 2018 vereinbart, lieber mehr Geld für zusätzliche soziale Leistungen auszugeben, statt sich mit Steuerentlastungen zu beschäftigen. Allein zu einer steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung sowie einem halbherzigen Abbau des Solidaritätszuschlages konnten sich die Koalitionäre durchringen. Bis heute gibt es kein weitergehendes Konzept der Regierung. Selbst der Zehn-Punkte-Reformplan von Bundeswirtschaftsminister Altmaier verschwand gleich wieder in der Versenkung.

Das Argument, es stehe nicht genügend Geld für eine Steuerentlastung zur Verfügung und der Staat müsse sich für schlechtere Zeiten rüsten, zeugt von Mut- und Hilflosigkeit sowie falscher Prioritätensetzung. Für mehr Sozialausgaben scheinen diese Bedenken ja nicht zu gelten. Im Übrigen verfügt die Bundesregierung über weit mehr Geld, als man vor einigen Jahren überhaupt zu träumen wagte. In der laufenden Legislaturperiode dürfte Finanzminister Scholz 178 Milliarden Euro mehr einnehmen als sein Vorgänger Wolfgang Schäuble in den vier Jahren zuvor.

Deutschland hat die besten Ausgangsbedingungen für eine Unternehmensteuerreform. Aber andere Länder handeln. Schade. ●

Arbeit: Geld ist nicht alles

In Deutschland ist fast jeder dritte Rentner auch in den ersten drei Jahren nach dem Renteneintritt erwerbstätig. Laut einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) ist Geld jedoch weniger der Grund dafür. 90 Prozent der arbeitenden Rentner haben Spaß bei der Arbeit, brauchen den Kontakt zu anderen Menschen oder wünschen sich weiterhin eine Aufgabe. Finanzielle Motive spielen für Frauen eher eine Rolle als für Männer. Unter den Rentnern, die nicht erwerbstätig sind, würden 13 Prozent der Frauen und 20 Prozent der Männer gerne arbeiten. Wie die Studie zudem zeigt, erhöht eine Beschäftigung bis zum regulären Renteneintritt die Wahrscheinlichkeit, auch nach dem Übergang in die Altersrente einer Erwerbstätigkeit nachzugehen.



Einspruchsgesetze

Bei der Gesetzgebung wird unterschieden zwischen Zustimmungsgesetzen („Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen.“) und Einspruchsgesetzen („Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen.“). Im Grundgesetz ist geregelt, in welchen Fällen der Bundesrat einem Gesetz zustimmen muss. Das ist beispielsweise immer dann der Fall, wenn es um Verfassungsänderungen oder Finanzen der Länder geht. Damit Zustimmungsgesetze in Kraft treten können, müssen Bundestag und Bundesrat zustimmen. Einspruchsgesetze sind demnach die Bundesgesetze, denen der Bundesrat gemäß dem Grundgesetz nicht zustimmen muss, damit sie in Kraft treten können. Ist der Bundesrat allerdings nicht mit diesem Gesetz einverstanden, kann er „Einspruch“ dagegen einlegen – was aber nicht ausschließt, dass der Bundestag diesen Einspruch überstimmt. Bislang sind weit mehr als die Hälfte der Gesetze Zustimmungsgesetze.

Immer mehr Gründungen

Die Zahl der Startup-Gründungen in Deutschland wächst. Im Jahr 2017 gab es rund 108.000 Gründer mit 60.000 jungen Unternehmen. Ein Jahr zuvor lag diese Zahl noch bei 93.000 Gründern mit 54.000 Startups. Dies entspricht einem Zuwachs von rund 16 Prozent. Als Startups definiert KfW Research innovations- oder wachstumsorientierte Unternehmen, die aufgrund dieses Profils von besonderem volkswirtschaftlichem Interesse sind. Der erstmals vorgelegte KfW-Startup-Report zeigt auch: Der bei Existenzgründungen ohnehin kleinere Anteil von Frauen (2017: 37 Prozent) schrumpft bei Startup-Gründern deutlich auf zehn bis 20 Prozent. Viele dieser Gründer sind Akademiker, vor allem aus MINT-Fächern.





CDU-PARTEITAG

Ergebnisse können sich sehen lassen



arteitag der
Deutschlands

Zusammenführen.
Und zusammen führen.

31. Parteitag der CDU Deutschlands

CDU

Mit dem 31. CDU-Parteitag in Hamburg liegen intensive Tage hinter der MIT. Auch wenn weite Teile der MIT einen anderen Kandidaten als Annegret Kramp-Karrenbauer favorisiert haben: Die MIT hat den Parteitag programmatisch, personell und in der öffentlichen Wahrnehmung stark geprägt. Die Ergebnisse von zwei Tagen mit gründlichen Debatten und vielen Wahlen können sich sehen lassen. Mit großen Mehrheiten wurden unsere Anträge auf vollständige Soli-Abschaffung, zur Abschaffung der Doppelverbeitragung bei Betriebsrenten sowie für eine Reform der DSGVO angenommen. Es bleibt die Chance auf einen Neustart in der CDU.



Das sagte die neue Parteivorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer über:

... **den Mittelstand:** „Wenn wir den Mut haben, dann lösen wir die Bremsen für die, die in diesem Land etwas tun, die etwas unternehmen wollen.“

... **die Zukunft der Partei:** „Dieser Aufschwung muss weitergehen, und er muss verbunden sein und verbunden bleiben mit dem Ziel, das uns alle eint, nämlich aus der Union mit allen Flügeln, mit allen Mitgliedern, mit allen, die Verantwortung tragen, die gemeinsame, die große Volkspartei der Mitte zu erhalten und zu formen.“

... **Friedrich Merz und Jens Spahn:** „Ich würde mich sehr freuen, wenn sowohl Jens Spahn als auch Friedrich Merz gemeinsam an dieser Aufgabe mitarbeiten. Das ist das, was die Mitglieder erwarten und für beide ist ein Platz in dieser Partei.“

... **die Werte der CDU:** „Wie sind kein politischer Gemischtwarenladen. Wir brauchen einen Kompass. Das C gibt uns das Menschenbild vor, das C dürfen wir niemals vernachlässigen.“

... **5G:** „Natürlich brauchen wir 5G an jeder Milchkanne.“

MIT setzt Soli-Abschaffung durch

Der CDU-Parteitag hat mit großer Mehrheit dem MIT-Antrag zum vollständigen Abbau des Solidaritätszuschlages zugestimmt. Im Antrag heißt es konkret: „Die CDU Deutschlands will den Solidaritätszuschlag bis Ende 2021 vollständig abschaffen. Dabei halten wir am Ziel eines ausgeglichenen Haushalts ohne neue Schulden fest.“ Zuvor hatte bereits die Antragskommission die Annahme empfohlen. „Dieser Parteitagsbeschluss ist ein großer Schritt hin zu mehr Glaubwürdigkeit in der Politik“, sagte MIT-Bundsvorsitzender Carsten Linnemann in Hamburg. „Wir versprechen seit einem Vierteljahrhundert, dass der Soli bald wegfällt, aber verträsten die Steuerzahler dann doch wieder.“ Deshalb habe die MIT jahrelang für die vollständige Soli-Abschaffung in dieser Legislaturperiode gekämpft. Im Koalitionsvertrag von Union und SPD war nur eine teilweise Abschaffung des Soli für untere Einkommen festgeschrieben. Linnemann: „Das klare Bekenntnis der CDU ist nur der erste Schritt. Jetzt müssen wir die SPD in die Pflicht nehmen.“

Ende der Doppelverbeitragung

Die MIT begrüßt, dass sich der CDU-Parteitag mit großer Mehrheit für die Abschaffung der vollen Krankenversicherungspflicht (Doppelverbeitragung) in der Auszahlungsphase



Personalien

Neben der Wahl des Parteivorsitzes wurden auf dem Parteitag weitere personelle Weichen gestellt. Von den 15 CDU-Präsidiumsmitgliedern gehören 8 der MIT an: Generalsekretär Paul Ziemiak, die stellvertretenden Vorsitzenden Volker Bouffier, Thomas Strobl und Ursula von der Leyen, Bundesschatzmeister Philipp Murmann sowie die Präsidiumsmitglieder Michael Kretschmer, Mike Mohring und Jens Spahn, welcher mit 89 Prozent ein besonders starkes Ergebnis erhalten hat. Von den 26 Beisitzern gehören 10 der MIT an: Christian Baldauf, Thomas Bareiß, Olav Gutting, Stefan Heck, Mechthild Heil, Elisabeth Heister-Neumann, Lucia Puttrich, Ina Scharrenbach, Marco Wanderwitz und Otto Wulff.

der betrieblichen Altersvorsorge ausgesprochen hat: „Wir wollen für betriebliche Altersvorsorge werben“, so MIT-Bundesvorsitzender Carsten Linnemann, „aber derzeit müssen diese Versicherten den Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeitrag zahlen und sind frustriert, wie wenig ihnen bleibt. Das soll jetzt beendet werden.“ Die Antragskommission hatte nur eine Prüfung vorgeschlagen. Nach einer Debatte, an der sich vor allem

die MIT-Vorstandsmitglieder Jana Schimke und Michael Littig beteiligten, konnte die MIT durchsetzen, dass sich der Parteitag für die Abschaffung der Doppelverbeitragung ausspricht.

Reform der DSGVO gefordert

Die Delegierten des CDU-Parteitags haben sich auf Antrag der MIT für eine Revision der umstrittenen EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) ausgesprochen. In dem Beschluss bekennt sich die CDU zu hohen und europaweit einheitlichen Datenschutzstandards. Unnötige komplizierte Lösungen und nationale Sonderwege lehnt die MIT allerdings ab. Besonders Mittelständler und Ehrenamtliche werden durch die jetzigen Regelungen unverhältnismäßig benachteiligt. Die CDU hat deswegen beschlossen, sich auf Bundes- und EU-Ebene für Änderungen beim Datenschutz einzusetzen. So soll die Konkurrenten-Abmahnung, die ein deutscher Alleingang ist, für gesetzlich unzulässig erklärt werden. Außerdem müssen Auflagen für deutsche Unternehmen, die über die Vorgaben der DSGVO hinausgehen, abgeschafft werden und Sanktionen für leichte, erstmalige Verstöße zunächst unentgeltlich verwahrt werden.

Keine Bundesmittel für die DUH

Die umstrittene Deutsche Umwelthilfe (DUH) soll keine Mittel mehr aus dem

Bundeshaushalt bekommen. Zudem soll darauf hingewirkt werden, dass bereits etatisierte, noch nicht ausbezahlte Mittel mit einem Sperrvermerk versehen werden. Der Parteitag folgt damit einem Antrag der MIT. „Die DUH agiert entgegen ihrer Selbstdarstellung eben nicht nur wie ein gemeinnütziger Verein mit dem Ziel, die Umwelt zu schützen. Es handelt es sich bei der Umwelthilfe ebenso um einen Abmahnverein mit wirtschaftlichen Interessen“, sagte MIT-Bundesvorsitzender Carsten Linnemann. Der Beschluss sieht vor, dass Mittel an Initiativen und Vereine gehen sollen, die sich effektiv und ehrenamtlich für den Umweltschutz einsetzen. ●

Viel Zulauf am MIT-Stand

Auch im Ausstellerbereich fand die MIT viel Zuspruch. Viele Delegierte und Gäste nutzten die Pausen, um sich über unsere Anträge und die Ziele der MIT zu informieren. Der MIT-Auftritt stand unter dem Motto „Zocken statt Abzocken“: Bei „Sonic“, einem Spieleklassiker der 90er Jahre, konnten die Besucher ihren Soli-Frust an der Spielekonsole abbauen. Außerdem konnten Besucher am Stand ihre Handys und Laptops aufladen.





Der vor allem von Wahlen-
dungen im ZDF bekannte
Politikwissenschaftler Karl-
Rudolf Korte im Gespräch
mit Mittelstandsmagazin-
Chefredakteur Thorsten
Alsleben über die voraus-
sichtlich nächste CDU-
Kanzlerin, die Chancen der
Union, wieder über 40 Pro-
zent zu kommen und den
Einfluss von NGOs auf die
Politik.

INTERVIEW MIT KARL-RUDOLF KORTE

„Der Merkel-Malus ist weg“

Wir haben jetzt mit Annegret Kramp-Karrenbauer eine neue CDU-Vorsitzende. Haben wir damit auch die künftige Kanzlerin?

Karl-Rudolf Korte: Ja, eine mögliche Kanzlerkandidatin. Denn alle gehen davon aus, dass die neue Vorsitzende die Mobilisierungskraft mitbringt als Teil der Erneuerung. Über Generalsekretär, über Fraktionsvorsitz und Parteivorsitz hat es die CDU geschafft, sich selbst zu erneuern mit neugierig machenden Personalangeboten.

Und das wird dann auch Auswirkungen aufs Kanzleramt haben?

Ja, bei der Bundestagswahl 2021. Das Zugriffsrecht hat automatisch die neue Vorsitzende. Nur wenn sie sich im Alltag des Koalitionsausschusses verschleißt und alle Wahlen bis dahin dramatisch verliert, könnten sich personelle Alternativen auftun. Aber der Wettbewerb um den Parteivorsitz hat gezeigt, dass es kein Richtungsstreit war.

Aber hat es nicht einen gewissen Charme, wenn wir einerseits einen Kanzler haben, der vielleicht irgendwann mal eine ganz schwierige Mehrparteienkoalition führt und viele Kompromisse schließen muss und andererseits eine Parteivorsitzende, die immer klare Kante zeigen kann?

Ja, das hat den Charme in der klugen Arbeitsteilung. Das ist wie ein Feldversuch, den die Union erstmals in dieser Form startet. Die Rolle der Fraktion müsste man neu bedenken. Sie kann eine Regierung agendamäßig vor sich hertreiben. Gerade in Zeiten der ersten Großen Koalition wurde das triumphal genutzt von Schmidt und Barzel, die die Regierung Kiesinger vor sich hergetrieben haben. Diese erste Große Koalition lebte von der Vitalität der Fraktion.

„Der Wettbewerb um den Parteivorsitz hat gezeigt, dass es kein Richtungsstreit war.“

Die neue Vorsitzende muss ja der CDU ein neues Selbstbewusstsein und ein Profil geben, das sich von der Regierung absetzt. Könnte das nicht auch die SPD provozieren?

Zunächst mal ist der sogenannte Merkel-Malus weg für die Partei, wie er sich bei den letzten Wahlen über das Thema Flüchtlinge und Migration konkret doku-

mentieren ließ. Die progressive Mitte hat die Parteivorsitzende zudem auch immer wieder gewählt. Diese Mischung ist ein Neuanfang als eine Form von Befreiung auch für Frau Kramp-Karrenbauer. Insofern ist das, was sie auf zentrale Fragen – wo endet das gemeinsame „Wir“, wer hält sich an welche Regeln – antworten wird, immer schon neu, immer anders, immer aus einer anderen Perspektive als die Antworten bei Frau Merkel ausgefallen wären. Aber ich kann kein Szenario erkennen, bei der die SPD von dem Ausstieg aus der Großen Koalition profitieren würde.

Gibt's denn die Möglichkeit, dass die Union wieder 40 plus X bekommt, so wie früher?

Der Parteienwettbewerb ist robust, ist belastbar, ist vital. Wer Themen ausgrenzt, wird abgestraft auf dem Wählermarkt. Ich sehe keine konstante Abwärtsentwicklung, sondern es gab ja auch schon

Karl-Rudolf Korte (60) ist seit 2002 Professor für Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen im Fachgebiet „Politisches System der Bundesrepublik Deutschland und moderne Governance-Theorien“. Außerdem ist er seit der Gründung 2006 Direktor der NRW School of Governance. Er hat Politikwissenschaften, Germanistik und Pädagogik in Mainz und Tübingen studiert, promovierte in Mainz und habilitierte an der Universität München.



Fotos: Laurence Chaperon



Karl-Rudolf Korte im Gespräch mit Mittelstandsmagazin-Chefredakteur Thorsten Alsleben im Berliner Reichstagsgebäude.

Wahlen, auch mit Kramp-Karrenbauer, bei denen die Union nur knapp die absolute Mehrheit verfehlt hat, das ist alles möglich. Ich sehe nie nur die Linearität des Ab- oder Aufstiegs. Das ist eine Wettbewerbssituation, bei dem Angebot und Nachfrage den Wettbewerb zentral bestimmen. Und da gibt es durchaus nach wie vor die Chance, mit originellen Gestaltungsthemen Mehrheiten zu begeistern. Unabhängig davon, dass die Gesellschaft individu-

„Der Dissens, nicht der Konsens, ist Lebenselixier der Demokratie.“

eller und pluraler geworden ist, ist die Kraft der Idee ungebrochen. Wählerische Wähler sind situativer, nutzenorientierter, aber auch folgebereit.

Wenn es der Union gelänge wieder stärker zu werden, reicht es dann künftig für Zweierkonstellationen, oder müssen wir uns darauf einstellen, dass Dreierkonstellationen, also komplexe Regierungsbildungen wahrscheinlicher werden?

Ich gehe weiter von Vielparteienparlamenten aus, die neue Formate des Regierens erzwingen, die blockierte Regierungsbildungen in Serie mit sich bringen werden, die damit den Bundespräsidenten als

Kanzlermacher in ein neues Szenario immer fest mit einbauen. Aber das kann man ja auch positiv finden, dass sich ein Abbild von Repräsentativität in einer pluralen Gesellschaft nur über Vielparteiensysteme wiederfinden lässt. Wer Labilität wagt, kann damit am Ende auch neue Formen der Macht ausgestalten.

Wird dann die Union mit allen koalitionsfähig sein müssen?

Ja. Multi-Koalitionsfähigkeit ist die Voraussetzung. Man kann in klugen Formaten Unterschiedlichkeit darstellen.

Es gibt Koalitionen der Differenz, die eben die Unterschiede belassen, und die über Ressortzuteilung auch den Unterschied strukturell markiert belassen. Der Dissens, nicht der Konsens, ist Lebenselixier der Demokratie. Das ist anstrengender. Produktives Dissens-Management in Koalitionen

ist anstrengend, aber lohnend – nicht der kleinste gemeinsame Nenner, sondern eine Vereinbarung über Unterschiede.

Also ist klare Kante kein Widerspruch zum Kompromiss?

Nein. Das Klima hat sich verändert, das Kämpferische in der Politik, das Ruppige hat zugenommen, auch das Laute, so dass man den Eindruck hat, dass die Moderationsformate am runden Tisch nicht mehr so In sind wie in früheren Zeiten. Auch die sozialen Medien provozieren eher Anarchie als Kompromiss. Die Sehnsucht nach starker Führung – „klare Kante“ – drückt sich darin aus, eher keine Entscheidungen herbeizuführen. Trotzdem, in Deutschland, in einer Umarmungsdemokratie, ist das viel moderater als in anderen Ländern, so dass wir immer

noch Amtadel eher belohnen als markige, laute Typen, die polarisieren und agitieren.

Werden die Grünen denn die SPD als linke Volkspartei ablösen?

Die Grünen symbolisieren diese Wohlfühlmitte, sie sind durchaus eine Sympathieorganisation für das besorgte Bürgertum geworden, weil sie ihre Moralwährung abgetragen haben, nicht mehr so belehrend und eher suchend daherkommen. Aber sie stehen für eine wohlhabende, verstehende neubürgerliche Mitte, und das reicht nicht, um am Ende auf 40 Prozent zu kommen, weil sich diejenigen, die jetzt weniger verdienen, mit diesen Themen weniger anfreunden werden, da sie ganz anders davon betroffen sind. Die linke Mitte werden sie sich mit der SPD teilen, aber durchaus auch mit progressiven altbürgerlichen Teilen der Union.

Wird die AfD mit der Erneuerung der Union irgendwann überflüssig werden?

Protestparteien wird es immer geben, ob sie dann die fünf-Prozent-Hürde schaffen, ist die andere Frage. Es gibt eine

Konsensverschiebung nach rechts in dieser Gesellschaft, die ist auf dem Parteimarkt offen andockbar. Dahinter steckt immer ein Kultur- und ein Klassenkampf: Ökonomische und kulturelle Teilhabe soll eingefordert werden. Der globalisierungsbedingte Konflikt zwischen Öffnung und Begrenzung

„Es gibt eine Konsensverschiebung nach rechts in dieser Gesellschaft.“

wird im Moment am meisten von der AfD aufgefangen, und solange man über Konfliktlinien redet, die gesellschaftspolitisch hinterlegt sind, spricht das auch dafür, dass so eine Partei längerfristig auf dem Markt bleibt und nicht einfach verschwindet. Wo soll sonst der Wutbürger sich in irgendeiner Weise beheimatet fühlen? Aber ich sehe den Zenit der AfD klar überschritten.

Anzeige

Leasing für Unternehmen

Unser Umwelt-Bonus für jeden Antrieb: Top-Preise

Z. B. Tesla Model S

ab **717 €** pro Monat*



Bei unseren Best Price-Angeboten für Unternehmen und Gewerbetreibende haben Sie die Wahl zwischen günstigem Finanzleasing oder stressfreiem All Inclusive-Leasing.

Sichern Sie sich jetzt Ihren top ausgestatteten Firmenwagen auf: www.leaseplan.de

LeasePlan

What's next?

*Die angegebene Finanzleasingrate gilt für eine Laufzeit von 60 Monaten und 10.000 km/Jahr. Das Angebot ist freibleibend. Der Preis versteht sich zzgl. MwSt., Fracht-, Rückhol- und Zulassungskosten. Die Abbildung zeigt ggf. Sonderzubehör, das nicht in der ausgewiesenen Leasingrate enthalten ist. Irrtümer vorbehalten. Die nachfolgenden Verbrauchs- und Emissionswerte wurden nach dem NEFZ-Messverfahren ermittelt. Die Werte nach WLTP-Messverfahren liegen uns vom Hersteller noch nicht vor. Kraftstoffverbrauch (l/100 km) nach RL 80/1268/EWG: kombiniert: 0,0, innerorts: 0,0, außerorts: 0,0, CO₂-Emission (g/km): 0, Stromverbrauch (kWh/100 km): kombiniert: 18,1, CO₂-Effizienzklasse: A+.

Das heißt, die CDU kann wenigstens einen Teil der Stimmen wieder zurückholen?

Ja. Denn ein Teil der Stimmen für die AfD hing eindeutig mit dem Merkel-Malus seit 2015 zusammen. Neue Vorsitzende – geringeres Potenzial für Feinbildprojektionen.

Was müssten die etablierten Parteien an sich ändern, um noch attraktiver zu werden?

Sie müssten stärker aufsuchend unterwegs sein. Sie müssten dahin gehen, wo es Probleme gibt. Sie dürften nicht war-

„Mitglieder wollen aber heute auch an der Willensbildung aktiv teilhaben, nicht nur gesellig zusammensitzen.“

ten, bis die Probleme zu ihnen kommen. Sie müssen interessante Leute ansprechen, versuchen zu werben, ob sie in so einer Organisation mitmachen, Politik mitgestalten wollen. Und für jüngere müssen natürlich unter digitalen Vorzeichen die Rahmenbedingungen andere sein. Die Mitgliederpartei ist weiterhin zentral. Mitglieder wollen aber heute auch an der Willensbildung aktiv teilhaben, nicht nur gesellig zusammensitzen. Außerdem hilft Selbstbewusstsein: Nur wer auf den Legitimationsvorsprung von permanent zu wählenden Mandatsträgern verweist, wirbt für das Besondere in der Parteipolitik in Abgrenzung zu allen anderen Organisationen.



Nichtregierungsorganisationen (NGOs) werden immer dominanter bei der Beeinflussung von Politik. Man muss nur sehen, wie die Deutsche Umwelthilfe mit ihrer Skandalisierung des Diesels eine ganze Branche in die Knie zwingt und Millionen Dieselfahrer faktisch enteignet. Ist da ein Demokratiedefizit festzustellen, dass die so eine große Rolle spielen?

Das sind diese Moralwährungen, die werden unterschiedlich gehandhabt. Die Moralwährung von den Nichtetablierten, wie Umwelt-NGOs, ist höher, als die von den Etablierten, wie BDI oder ADAC. Die Verbände etablierter Organisationen wirken als positive Globalisten und das hat im Moment keinen besonders guten Ruf. Die Heimatlosigkeit in der Demokratie drückt sich durch die Unterstützung des scheinbar Antietablierten aus. Und da hat alles Charme, was erstmal nicht traditionell daherkommt. Und die bisherigen Strukturen unserer Willensbildung im Lobbybereich sind eben extrem traditionell ausgerichtet. So ist auch die konträre Wahrnehmung von NGOs: Die arbeiten einfach mit Nachrichtenwerten, mit Aufmerksamkeitsökonomie. Sie haben medial einen Vorschuss an Moral, weil sie durch ihr Auftreten scheinbar für gutes Regieren sorgen, für das Bessere, für eine andere Legitimation der Politik, das ist ein Kommunikationsstil, den die Medien sehr gerne unterstützen.

Aber sie sorgen gar nicht für besseres Regieren, oder?

Sie sind erstmal als Player in Governance Strukturen genauso berechtigt wie andere auch, aber nur dann, wenn sie auch transparent sind für diejenigen, die mit ihnen zusammenarbeiten wollen. Also: Woher kommen sie, wie finanzieren sie sich, wo bringen sie sich wie ein? Das muss genauso offengelegt werden wie es für die anderen Spieler im Governance-Modell auch vorgesehen ist.

Kommen wir zur Satzvervollständigung: Mein größter Irrtum als Politikexperte war...?

(denkt lange nach)

... Wir können es ja auch positiv sagen: „Die größte Überraschung, die ich nicht vorhergesehen habe, war...“

Ich habe leider viele Dinge vorhergesehen von Trump bis Brexit. Das wirft mir meine Frau ironischerweise immer vor. Ich vermarkte das nicht öffentlich, aber trotzdem. Die größte Überraschung für mich war, dass Friedrich Merz nochmal antrat. ●

Mehr Transparenz für Nichtregierungsorganisationen fordert der Politikwissenschaftler Karl-Rudolf Korte.

GROSSPROJEKTE KOMMEN OFT SPÄTER ODER GAR NICHT

Grüne Verhinderungspolitik

Deutschland – Land der Ingenieure und guter Infrastruktur. Aber dieser Ruf hat gelitten. Denn viele Bauvorhaben werden einfach nicht fertig. Häufige Ursache: Die Projekte werden gezielt politisch verzögert oder verhindert. Eine unrühmliche Rolle spielen dabei häufig Verbände, die vorgeben, sich für Umweltschutz einzusetzen, und: die Grünen.

Der Google-Campus in Berlin

Berlin ist das wirtschaftliche Schlüsslicht Deutschlands. Der einzige Lichtblick sind die vielen Startups in der Hauptstadt. Zusammengenommen sind sie der größte Arbeitgeber der Hauptstadt. Da ist es nur naheliegend, dass Google einen seiner Campus in der Hauptstadt eröffnen wollte. Startups können dort Googles Kontakte, Know-how und Mentoring-Programme nutzen. Wäre es nach Google gegangen, hätten bald auch Berliner Startups davon profitiert. Doch schrille linke Aktivistengruppen

mit Unterstützung von Lokalpolitikern der Grünen verhinderten das Projekt. Vor allem kritisieren sie, dass durch Google hochqualifizierte Gutverdiener in den Bezirk kommen. Unverständnis bei den Betroffenen: „Es gibt viele Berliner Startups, die datengetriebene Geschäftsmodelle haben. Dort hätte man gerne mit Experten von Google zusammengearbeitet“, beschreibt es Paul Wolter vom Bundesverband Deutsche Startups.

Und Christian Gräff, Landesvorsitzender der MIT Berlin und wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-



*Keine Chance für große Schiffe:
Öko-Proteste gegen die Elbvertiefung.*

Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, empört sich über die grün dominierte Bezirksregierung in Friedrichshain-Kreuzberg: „Proteste gegen Unternehmen wurden dort immer unterstützt. So hat sich eine Stimmungslage gebildet, gegen die Google verständlicherweise nicht ankämpfen wollte.“

Für Christian Gräff hätte der Google Campus ein „Best-Practice-Beispiel für die berühmte Berliner Mischung aus Wohnung, Gewerbe und vielen verschiedenen Menschen“ sein können. Die Chance wurde vertan.

Die Elbvertiefung in Hamburg

Momentan können große Containerschiffe in Europa nur die Häfen Rotterdam, Zeebrügge und Wilhelmshaven uneingeschränkt anlaufen. Dadurch hat der Hamburger Hafen einen Standortnachteil. Während die anderen Häfen im nordeuropäischen

Raum wirtschaftlich wachsen, hat der Hamburger Hafen in den letzten zehn Jahren mehr als zehn Prozent seines Umschlags verloren. Trotzdem wird seit den ersten Planungen vor 17 Jahren immer wieder gegen die dringend notwendige Elbvertiefung protestiert und geklagt – von Umweltverbänden, Grundstücksbesitzern und Kommunen, mit kräftiger Unterstützung der Grünen. Häufig wurde auch mit den Folgen für die nachfolgenden Generationen argumentiert. Die Arbeitsplätze, die durch die Vertiefung der Elbe geschaffen werden, wurden dabei oft nicht mitgedacht. Oder die Elbvertiefung wurde mit der Begründung abgelehnt, dass der Pegel der Elbe durch den Klimawandel sowieso steigt. Somit wäre die Notwendigkeit einer Vertiefung in einigen Jahren obsolet. Oft entschieden die Gerichte im Sinne der Kläger, auch um zu verhindern, dass durch Baumaßnahmen unumkehrbare Fakten geschaffen werden. Doch mittlerweile steht dem Baubeginn nichts mehr im Wege. Zwar klagten Lobbyverbände wie der Naturschutzbund Deutschland (Nabu), der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) und WWF auch gegen den aktuellen Planergänzungsbeschluss beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig. Aber sogar die Umweltverbände schätzen die Chancen als schlecht ein. Aus diesem Grund haben sie im Gegensatz zu früheren Klagen diesmal auch auf einen Eilantrag verzichtet. Dieser hätte den Beginn der Bauarbeiten wei-

ter verzögert. Nun scheint es aber, als könne nach 17 Jahren mit den Bauarbeiten begonnen werden.

Die Mittelrheinbrücke in Rheinland-Pfalz

Die ersten Planungen für die Mittelrheinbrücke stammen aus den frühen 60ern. Die Brücke soll zwischen den Örtchen St. Goar und St. Goarshausen in Rheinland-Pfalz entstehen. Derzeit gibt es zwischen Koblenz und Wiesbaden keine einzige Brücke über den Rhein. Wer auf den 80 Kilometern dazwischen über den Rhein möchte, muss die Fähre nehmen. Das kann zwischen 10 und 20 Minuten in Anspruch nehmen. „Die Brücke würde den Handwerkern und mittelständischen Unternehmen auf beiden Seiten des Rheins nutzen. Vor allem außerhalb der Verkehrszeiten der Fähren ist es momentan kaum möglich, Dienstleistungen auf der anderen Rheinseite zu erbringen“, fasst es Alexander Baden von der Handwerkskammer Koblenz zusammen. Aber nicht nur Unternehmer würden aus seiner Sicht profitieren: „Die Verkehrsströme auf beiden Seiten des Rheins würden verbessert werden. Und auch der Wohnwert für die Bevölkerung würde steigen.“

Eigentlich wollen fast alle diese Brücke. Nur sind auch hier wieder mal die Grünen in einer Allianz mit dem BUND dagegen. Sie wollen statt in die Brücke zu investieren, das Geld lieber in den Ausbau des Fährverkehrs und die Integration in den öffentlichen Personennahverkehr stecken. Am Ende könnte es aber vor allem an der Finanzierung scheitern. Sogar die Brückenbefürworter unter den Lokalpolitikern sind der Meinung, dass die Brücke vollständig vom Land bezahlt werden soll. Die von der Landesregierung angebotene 80-Prozent-Finanzierung reiche nicht aus.

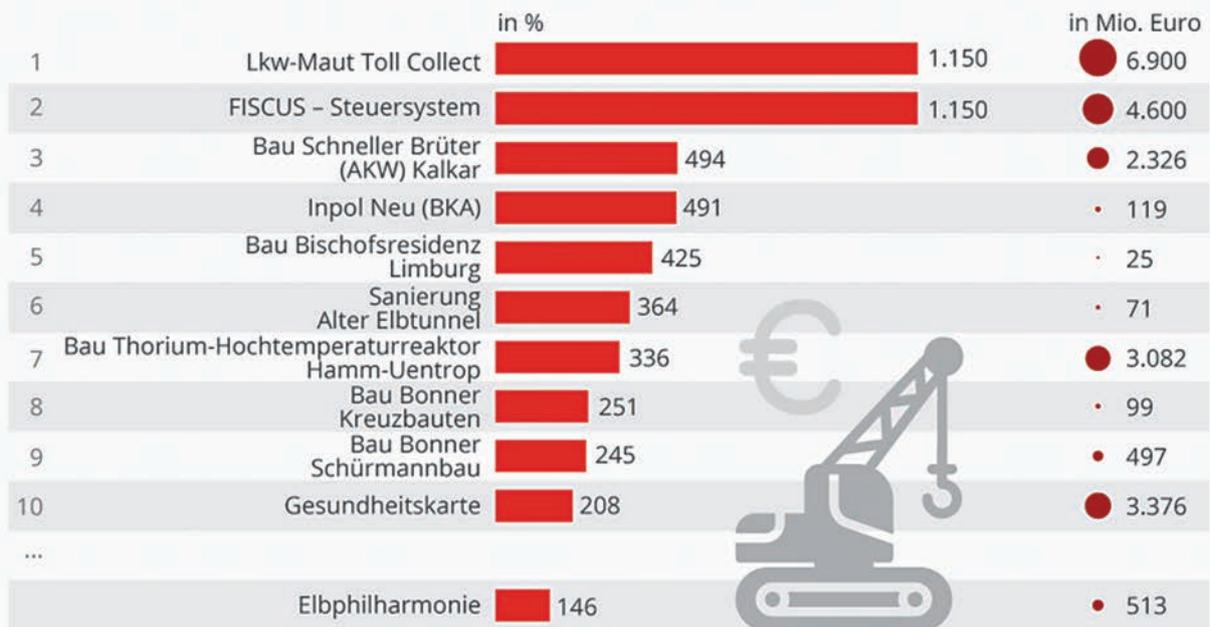
Unabhängig von der Frage, wer bei diesem Streit letztendlich Recht behalten wird – in den nächsten zehn Jahren rechnet eigentlich niemand mit der Fertigstellung der Mittelrheinbrücke.



Hier sollte der Google-Campus entstehen:
Umspannwerk Berlin Kreuzberg



Bislang verhindert:
die Mittelrheinbrücke (Modell)



Enthalten sind Projekte, die in der Studie "Studie: Großprojekte in Deutschland" der Hertie School of Governance erfasst wurden und die Elbphilharmonie
Quelle: Hertie School of Governance



Großprojekte außer Kontrolle Kostensteigerung bei Großprojekten in Deutschland

Der Ausbau der A20 in Norddeutschland

„Küstenautobahn – Planung für A20 stoppen – jetzt!“ Was wie ein Protestplakat klingt ist der Titel eines Antrags der niedersächsischen Grünen im dortigen Landtag. Darin wird die komplette Aufgabe sämtlicher Planungen zum Ausbau der A20 gefordert. Der Streit zieht sich schon einige Jahrzehnte hin. Im Zuge der Wiedervereinigung sollte die A20 zur besseren Verbindung von Ost und West bis nach Niedersachsen ausgebaut werden. Doch der Ausbau stockte immer wieder. Wechselnde Landesregierungen bedeuteten auch, dass der politische Wille mal da war und mal nicht. Nach dem Wahlsieg musste die neue Landesregierung unter Daniel Günther feststellen, dass die Vorgängerregierung die Planungen weitgehend eingestellt hatte.

„Wir beginnen hier eigentlich wieder bei null“, fasst es Hans-Jörn Arp, der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion in Schleswig-Holstein, zusammen. „Wir müssen Verkehrszählungen vornehmen, Lärmschätzungen

machen und Flora und Fauna beobachten.“ Das alles wieder aufzurollen braucht Zeit. Es scheitert aber weder am Geld noch am Personal, so Arp. Erschwert wird das Projekt durch Klagen von BUND und NABU. „Es ist ausdrücklich auch im Interesse der CDU, dass wir der nächsten Generation eine intakte Umwelt übergeben“, stellt Arp klar. Ihn stört aber die absolute Kompromisslosigkeit der Umweltverbände. Die Perspektive der kommenden Generation hänge aber auch von der Mobilität im Norden ab. „Wir müssen zwischen zehntausenden Pendlern und dem Lebensraum einiger Tiere abwägen.“ Die A20 komme in jedem Fall. Da ist sich Hans-Jörn Arp sicher. Aber durch die taktischen Spiele wird das steuerfinanzierte Projekt immer teurer.

Flughafenanschluss Stuttgart 21

Stuttgart 21 ist zum Symbol für die Schwierigkeiten geworden, von denen Großprojekte in Deutschland begleitet werden. Ursprünglich sollte der neue Bahnhof 2020 fertig werden, mittlerweile geht die Deutsche Bahn frühestens von 2024 aus. Immerhin wird nach heftigen Protesten und einer Schlichtung inzwischen gebaut.

Im Zuge von Stuttgart 21 sollte am Stuttgarter Flughafen eigentlich ein Fernbahnhof entstehen. So sollte die Reisezeit zum Hauptbahnhof verkürzt werden. Das Eisenbahnbundesamt hatte 2016 grünes Licht für die Pläne gegeben. Seit Ende November wird nun wegen Fehlern im Genehmigungsverfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg verhandelt, ob das so bleibt. Kläger gegen das Projekt sind der Nabu und eine lokale Gruppierung. Aufgrund der Klagen hat die Bahn von ihrem Baurecht bisher keinen Gebrauch gemacht.

Besonders strittig ist die Frage des Brandschutzes. Beide Parteien haben Simulationen entworfen, die bewerten sollen, wie schnell der Bahnhof im Brandfall evakuiert werden kann. Erwartungsgemäß kommen Kläger und Beklagter in diesem Punkt zu unterschiedlichen Ergebnissen. Es ist nun an den Richtern zu entscheiden, wessen Simulation näher an der Realität ist. Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Baden-Württemberg war für Dezember geplant. ●



Micha Knodt
Autor
knodt@mit-bund.de



225 %

beträgt die globale Verschuldung (Staaten, Unternehmen, private Haushalte), gemessen an der Wirtschaftsleistung. 2007, kurz vor der Weltwirtschaftskrise betrug die Quote 179 Prozent. Die Verschuldung steigt seit Jahren stärker als das Wirtschaftswachstum.

Quelle: IWF

WELTWIRTSCHAFT AUF TALFAHRT

Sind die fetten Jahre bald vorbei?



Die Konjunktur trübt sich ein, auf den Finanzmärkten macht sich Alarmstimmung breit. Es mehren sich die Anzeichen, dass die Jahre des Dauer-Booms bald vorbei sind. Die Bundesregierung sollte die Warnungen ernst nehmen und Reformen angehen.

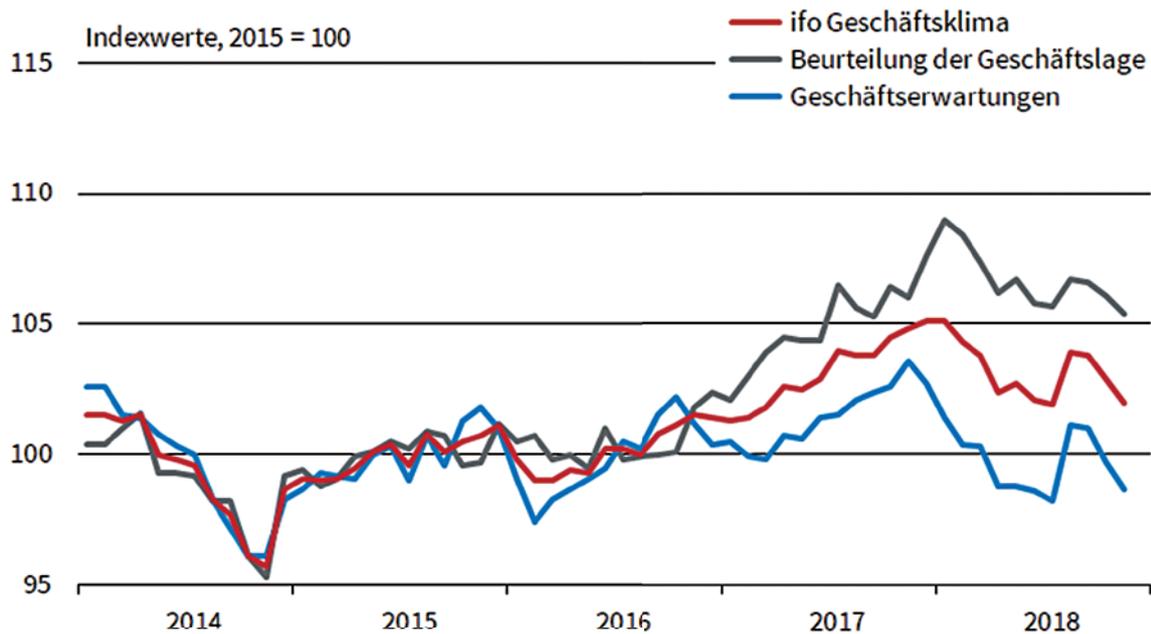
So schlecht wie zum Jahresende war die Stimmung im Euro-Raum schon lange nicht mehr. Der Brexit, die weltweiten Handelskonflikte, aber auch die Schuldenpläne Italiens sorgen für Spannungen auf den Märkten. So überraschte es nicht, als das Wirtschaftsforschungsinstitut ifo Anfang November seine Erwartungen kräftig nach unten korrigierte. Der ifo-Klimaindex für das vierte Quartal sackte von 19,6 Punk-

ten auf 6,6 Zähler ab. „Die Konjunktur im Euroraum steuert auf unruhiges Fahrwasser zu“, warnt ifo-Präsident Clemens Fuest. Wegen der globalen Handelskonflikte senkte das Institut auch die Exportprognose. Davon ist besonders Deutschland betroffen.

Wenig Optimismus bei Firmenchefs

Hierzulande ist die Konjunktur auch nach Ansicht des Kieler Instituts für

Weltwirtschaft (IfW) eingebrochen. „Die Wirtschaftsleistung in Deutschland dürfte im dritten Quartal um etwa 0,3 Prozent gesunken sein“, teilte das Institut mit. Zuletzt war sie im ersten Quartal 2015 rückläufig. Als Grund werden die Produktionsrückgänge in der exportstarken Automobilindustrie angegeben. Aber auch die zunehmenden Probleme der großen Schwellenländer, in die Deutschland viel exportiert. Dementsprechend getrübt ist



^a Verarbeitendes Gewerbe, Dienstleistungssektor, Handel und Bauhauptgewerbe.
Quelle: ifo Konjunkturumfragen, November 2018.

© ifo Institut

*ifo Geschäftsklima Deutschland
(Saisonbereinigt)*

die Stimmung unter den deutschen Firmenchefs.

Der ifo-Geschäftsklimaindex, für den monatlich 9000 deutsche Unternehmen befragt werden, sank um 0,9 Punkte auf 102,8 Punkte. Es ist der zweite Rückgang in Folge. Die Unternehmen waren nicht nur mit ihrer aktuellen Geschäftslage weniger zufrieden. „Auch der Optimismus mit Blick auf die kommenden Monate nahm ab“, sagt Fuest und erklärt: „Die weltweiten Unsicherheiten bremsen

den Aufschwung. Für die gute Auftragslage sorgen aber auch der Investitionshochlauf bei Bundesfernstraßen, diverse Großprojekte bei der Deutschen Bahn und Brückensanierungen“, so das MIT-Mitglied gegenüber dem Mittelstandsmagazin.

Aufschwung verliert an Tempo

Von einem gemischten Bild spricht ebenso das Bundeswirtschaftsministerium. Nachdem im November auch noch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaft-

lichen Entwicklung (die „Wirtschaftsweisen“) seine Prognose für 2019 auf 1,5 Prozent senkte, kommentierte das Ministerium: „Der Aufschwung wurde im dritten Quartal nur unterbrochen. Ursache war die WLTP-Problematik in der Kfz-Industrie.“ Damit ist die schleppende Umstellung auf den

neuen Abgas-Prüfstandard WLTP gemeint, weswegen Autohersteller die Produktion zurückfahren mussten. Also nur ein temporäres Problem? Das Ministerium setzt auf positive Signale: „Die Konjunktur in der EU blieb im dritten Quartal aufwärtsgerichtet und die amerikanische Wirtschaft boomt. Die Weltwirtschaft befindet sich trotz aller Missklänge im Aufschwung.“ Die gute Entwicklung des Arbeitsmarkts und kräftige Lohnzuwächse sorgten zudem dafür, „dass der private Konsum grundsätzlich eine wichtige Stütze der deutschen Konjunktur bleibt“. Dem Gutachten der Wirtschaftsweisen, dem offiziellen Beratergremium der Bundesregierung, setzt das Ministerium eine eigene Prognose entgegen: Nicht um 1,5 Prozent, sondern um 1,8 Prozent wird die Wirtschaft 2019 wachsen. So oder so: Nach vielen Boom-Jahren verliert die deutsche Wirtschaft derzeit an Tempo.

„Die Konjunktur im Euroraum steuert auf unruhiges Fahrwasser zu.“

**ifo-Präsident
Clemens Fuest**

die deutsche Wirtschaft aus.“ Einzig das Bauhauptgewerbe schätzte seine Geschäftslage merklich besser ein. Felix Pakleppa, Hauptgeschäftsführer des Zentralverbands des Baugewerbes, erklärt das vor allem mit dem Immobilien-Boom in Deutschland: „Der Treiber schlechthin ist der Wohnungs-

baubereich.“ Neben den genannten Gründen – Brexit, Handelsstreit, Staatsverschuldung und Autokrise – sehen die Wirt-

lichen Entwicklung (die „Wirtschaftsweisen“) seine Prognose für 2019 auf 1,5 Prozent senkte, kommentierte das Ministerium: „Der Aufschwung wurde im dritten Quartal nur unterbrochen. Ursache war die WLTP-Problematik in der Kfz-Industrie.“ Damit ist die schleppende Umstellung auf den

schaftsweisen den Fachkräftemangel und die demografische Entwicklung als weitere Wachstumsbremsen an. „Die ungewisse Zukunft der globalen Wirtschaftsordnung und der demografische Wandel stellen die deutsche Volkswirtschaft vor große Herausforderungen. Deshalb stehen wir vor wichtigen wirtschaftspolitischen Weichenstellungen“, sagte der Chef-Wirtschaftsweisen Christoph M. Schmidt bei der Präsentation des Gutachtens in Berlin und führte diese gleich mit aus: Die EU sollte protektionistischen Tendenzen entgegentreten, unter anderem mit Vergeltungsmaßnahmen und neuen Freihandelsabkommen. Deutschland sollte den verschärften internationalen Steuerwettbewerb annehmen und den Solidaritätszuschlag vollständig abschaffen. Weiter empfiehlt der Sachverständigenrat, den Brexit zu verhindern, Grund- und Grunderwerbsteuer zu reformieren, das Gesundheitssystem effizienter zu gestalten (mit Bürgerpauschale), und er rät der Europäischen Zentralbank eine „normale Geldpolitik“ an. Ordnungspolitisch sauber empfehlen die Wirtschaftsweisen zudem, auf eine „lenkende Industriepolitik“ zu verzichten – und stoßen damit sogleich auf Widerstand bei Wirtschaftsminister Peter Alt-



Professor Clemens Fuest,
Präsident des ifo-Instituts, als Gast
im MIT-Bundesvorstand im April 2016.

maier. „Die Auffassung, dass sich Wirtschaftspolitik allein auf die Schaffung von Rahmenbedingungen beschränken soll, also die ausnahmslose Ablehnung einer aktiven Industriepolitik, teile ich ausdrücklich nicht“, sagte Altmaier. Es gebe Bereiche, in denen die Politik die Industrie unterstützen müsse, etwa bei der Batteriezellfertigung.

Hohe Steuern gefährden Jobs

Ähnlich äußerte sich Altmaier bereits im Interview mit dem Mittelstandsmagazin (Ausgabe 5-18). Dort auf die in Deutschland vergleichsweise hohen Unternehmenssteuern angesprochen, reagierte er noch zurückhaltend. Wenige Tage nach den Konjunkturprognosen von IfW, ifo, Wirtschaftsweisen

und Bundesstatistikamt sagte der Minister dagegen der „Welt am Sonntag“, ein Absenken der Körperschaftsteuer sei „mittelfristig notwendig“. Es sei ein Nachteil und gefährde Arbeitsplätze, dass die Körperschaftsteuer in Deutschland „inzwischen höher als in anderen großen Industrieländern wie USA, Großbritannien und demnächst auch Frankreich“ sei.

MIT-Bundesvorsitzender Carsten Linemann mahnt deshalb Reformen an. „Gerade weil sich die Wachstumsaussichten eintrüben, müssen wir dem Ratschlag des Sachverständigenrats folgend mehr Reformeifer zeigen und den internationalen Steuerwettbewerb annehmen“, so der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Konkrete Vorschläge für eine große Reform der Unternehmenssteuern hat die MIT auch schon vorgelegt:

www.mit-bund.de/steuerreform.



Hubertus Struck
Redakteur/CvD
struck@mit-bund.de

Monatliche Entwicklung des DAX von
Oktober 2017 bis November 2018



LIZENZVERSTEIGERUNG FÜR NEUEN MOBILFUNKSTANDARD

Wann und für wen kommt 5G?

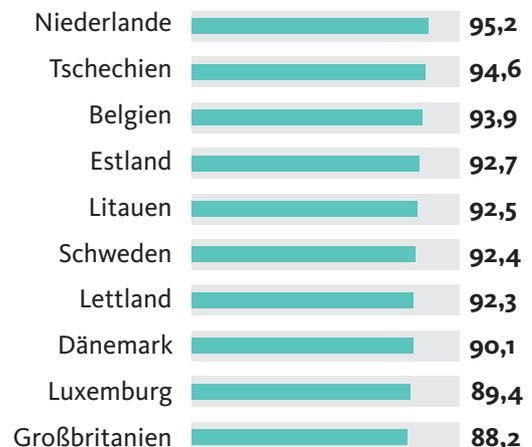
Wenn Autos ohne Fahrer fahren, wenn Unternehmen ihre Produktionen und die der Lieferanten digital vernetzen, wenn Ärzte Fernoperationen in Echtzeit durchführen sollen, ist der neue Mobilfunkstandard 5G dafür unerlässlich. Andere Länder nutzen ihn schon. In Deutschland werden die Lizenzen zum Betreiben von 5G Anfang 2019 von der Bundesnetzagentur versteigert. Die wichtigsten Fragen und Antworten:

Was genau ist 5G?

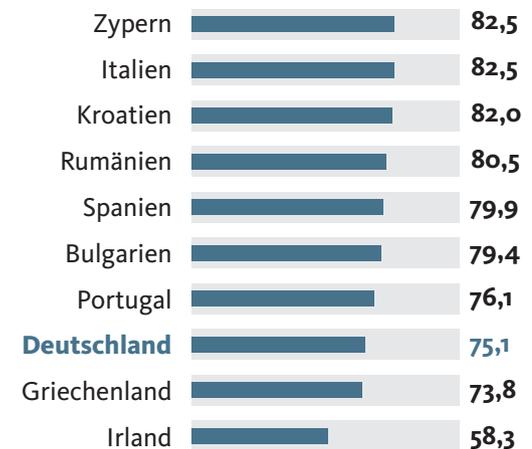
LTE, 3G, 4G: Was viele Handynutzer als Kürzel am oberen Rand ihres Displays kennen, beschreibt die aktuelle Geschwindigkeit des Netzes. In größeren Städten surfen Nutzer häufig mit 4G. In ländlicheren Regionen darf man sich mit einem einfachen 3G schon glücklich schätzen. 5G ist die fünfte Mobilfunkgeneration. Der neue Mobilfunkstandard soll Geschwindigkeiten von bis zu 100 Gigabit pro Sekunde erreichen. Das wäre das Hundertfache des momentanen 4G-Standards. Das wirkliche Alleinstellungsmerkmal von 5G ist aber nicht die Höchstgeschwindigkeit, sondern die Antwortzeit des Netzes auf Datenanfragen. Mit 5G liegt dieser Wert bei unter einer Millisekunde. Außerdem kann 5G deutlich mehr Geräte im Netz halten als die momentan aktiven Mobilfunknetze.

Größte 4G-Abdeckung in Europa, Prozent

Top Ten



Flop Ten



Was genau wird versteigert?

Für den LTE-Nachfolger 5G werden Frequenzen in verschiedenen Gigahertz-Bereichen versteigert. Damit wären jedoch nicht alle Flecken in Deutschland abgedeckt. Für die lokale Nutzung vor Ort soll es ein gesondertes Antragsverfahren geben. Dieses sollen es Firmen ermöglichen, eigenständige Netze aufzubauen, die sie beispielsweise für ihre Fertigungsanlagen nutzen.

Wer bietet mit?

Definitiv mit dabei sind die drei großen Netzanbieter in Deutschland: die Telekom, Vodafone und Telefonica (O2). Fraglich ist, ob noch andere Anbieter, wie beispielsweise United Internet (unter anderem 1&1), in die Auktion einsteigen. Noch hoffen diese Anbieter auf eine Klausel, die es ihnen ermöglicht, die Infrastruktur der drei großen Anbieter gegen eine Gebühr zu nutzen. Rechtlich ist es aber nicht möglich, die großen Anbieter zur Öffnung ihrer Netze zu verpflichten. Die Große Koalition erwägt deswegen, das Telekommunikationsgesetz entsprechend anzupassen.

Welche Auflagen gibt es?

Die Bundesnetzagentur schreibt vor, dass 98 Prozent der Haushalte jedes Bundeslands mit mindestens 100 Megabyte pro Sekunde (Mbit/s) versorgt sein müssen. Ebenso müssen alle Bundesautobahnen mit mindestens 100 Mbit/s und höchstens 10 Millisekunden Latenz (Verzögerungszeit) versorgt sein. Dies ist Grundbedingung für autonomes Fahren. Zudem müssen alle Schienenwege mit mehr als 2.000 Fahrgästen täglich mit mindestens 100 Mbit/s versorgt sein.

Diese Auflagen müssen bis Ende 2022 erfüllt werden. Für die Zeit danach gibt es weitere Vorgaben. 100 Mbit/s entsprechen eigentlich der Leistung, die bereits 4G bringen sollte. Bis Ende 2022 müssen 1.000 neue 5G-Basisstationen gebaut werden. In „weißen Flecken“ müssen außerdem 500 neue Basisstationen mit mindestens 100 Mbit/s entstehen.

Wozu braucht es 5G?

In der Bundesregierung war ein Streit darüber entbrannt, ob 5G wirklich überall in Deutschland verfügbar sein muss. Bildungsministerin Anja Karliczek und Kanzleramtschef Helge Braun, beide MIT-Mitglied, äußerten Zweifel. Zwar solle jeder Haushalt und Straßenabschnitt mit Mobilfunk versorgt sein, doch würde 4G ausreichen. „Mit diesem Standard erreichen wir heute schon die Größenordnung von 450 Mbit. Das ist verdammt schnell und reicht für Wirtschaft, für Haushalte und für den Bürger, für Telefonie und klassische Smartphone-Anwendungen allemal“, sagte Braun dem ZDF. Dennoch: 5G ist die Voraussetzung für viele Netzanwendungen und Dienste, die mit dem heutigen Netz nicht umsetzbar sind, etwa autonom fahrende

Autos und das „Internet der Dinge“, also die Vernetzung von sehr vielen Geräten. Gerade diese Vernetzung spielt eine große Rolle für die hiesige Industrie, da die Fabriken der Zukunft komplett vernetzt sein werden und dafür eine stabile Internetanbindung benötigt wird. Auch Landmaschinen sind immer häufiger digital vernetzt und brauchen hohe Übertragungsraten. Stabile Verbindungen mit hohen Übertragungsraten sind ohne 5G nicht möglich.

Verschwinden die Funklöcher?

Das ist unwahrscheinlich, da die Anbieter nicht zum flächendeckenden Ausbau verpflichtet werden. Die Bundesnetzagentur ist mit ihren Auflagen aber sichtlich bemüht, ein ähnliches Debakel wie bei 4G zu vermeiden. 5G wird voraussichtlich anfangs in den Ballungsräumen ausgebaut werden und dann Stück für Stück in die Fläche gehen. Weiße Flecken werden aber bleiben. Für diese sind die 500 neuen Basisstationen (siehe oben) gedacht.

Wann ist 5G bei uns verfügbar?

Ganz genau kann das niemand sagen – die Netzbetreiber hoffen auf 2020, Experten gehen eher von 2021 aus. So oder so wird Deutschland Schlusslicht bei der Einführung sein. In den USA und einigen asiatischen Ländern wird 5G bereits Ende 2019 verfügbar sein. In Frankreich wird 5G Ende 2019 in einigen Pilotregionen verfügbar sein, ab 2020 dann im ganzen Land. ●



Micha Knodt
Autor
knodt@mit-bund.de



PRO & CONTRA

Sollte die 450-Euro-Grenze bei Minijobs signifikant angehoben werden?

In dieser Rubrik lassen wir Mitglieder der MIT zu Wort kommen.

Die Beiträge geben ihre persönliche Meinung wieder.

Entwertung der Minijobs muss gestoppt werden



Ingrid Hartges (59) ist Hauptgeschäftsführerin des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes DEHOGA. Die Volljuristin ist Mitglied der MIT-Kommission Arbeit und Soziales.

Die Verdienstgrenze für Minijobber sollte an die Mindestlohnentwicklung angepasst werden. Warum? Die 450-Euro-Grenze, bis zu der Minijobber mit einer Pauschalabgabe von 30 Prozent beschäftigt werden dürfen, ist seit Anfang 2013 unverändert. Mit jeder Mindestlohnerhöhung – die nächste auf 9,19 Euro steht am 1. Januar 2019 an – reduzieren sich die Stunden, die ein Beschäftigter im Rahmen eines Minijobs arbeiten darf. Damit hat der Mitarbeiter real, unter Berücksichtigung steigender Preise, auch weniger Geld in der Tasche. Eine schleichende Entwertung der Minijobs. Den Betrieben wiederum fehlen die geleisteten Arbeitsstunden. Dieser Entwicklung muss dringend entgegengewirkt werden. Eine Anhebung der Verdienstgrenze bei Minijobs ist längst überfällig.

Ich spreche mich deshalb für eine Dynamisierung der Minijob-Verdienstgrenze in Form einer automatischen Kopplung an die Entwicklung des gesetzlichen Mindestlohns seit 2015 nebst kaufmännischer Rundung aus. Konkret heißt das: ab 1. Januar 2019 Anhebung auf 490 Euro, ab 1. Januar 2020 auf 500 Euro.

Gegen Befürchtungen, mit einer Anhebung der Lohngrenze würden Minijobs zu Lasten von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen ausgeweitet, hilft

ein Blick auf die eindeutigen Fakten: Das Gastgewerbe ist bestes Beispiel dafür, dass dort, wo Minijobs bestehen, auch viele sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstehen. So hat die Branche in den letzten zehn Jahren 300 000 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen. Ein beeindruckender Zuwachs von fast 40 Prozent, der deutlich macht, dass Minijobs auch dazu beitragen, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Minijobs verdrängen in Hotellerie und Gastronomie keine sozialversicherungspflichtige Arbeit. Sie tragen dazu bei, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen.

Zusammengefasst: Die Vorteile, die Minijobs für Unternehmen, Mitarbeiter und den Arbeitsmarkt bieten, können nur zum Tragen kommen, wenn die Minijobs dauerhaft funktionsfähig bleiben. Dafür muss die 450-Euro-Verdienstgrenze heraufgesetzt und dynamisiert werden. Mit einer solchen Anpassung der Verdienstgrenze werden Minijobs nicht ausgeweitet, sondern wird die weitere Aushöhlung und Entwertung der Minijobs gestoppt. Aus diesen Gründen plädiere ich dafür, den „mitwachsenden“ Minijob zu realisieren. ●

PRO

Minijobber dürfen derzeit bis zu 450 Euro im Monat verdienen. Sie zahlen dann weder in die Arbeitslosenversicherung noch in die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung ein. Einige Wirtschaftsverbände fordern eine deutliche Anhebung der Grenze: Weil viele Minijobber wegen steigender Mindestlöhne immer weniger Stunden arbeiten dürfen, soll die Grenze automatisch mit dem Mindestlohn mitwachsen. Wir haben zwei unserer Mitglieder danach gefragt.

Ihre Meinung zählt

Stimmen Sie mit ab auf der MIT-Webseite! Unter www.mit-bund.de/mitmachen/umfrage können Sie Ihre Meinung zum aktuellen Pro und Contra äußern. Über das Abstimmungsergebnis informieren wir im MIT:NEWSLETTER. Sollten Sie diesen noch nicht erhalten, können Sie ihn unter www.mit-bund.de/newsletter kostenlos abonnieren.

Erhöhung würde zu Fehlanreizen führen

Minijobs in ihrer jetzigen Form sind zu einer Zeit entstanden, als in Deutschland Rekordarbeitslosigkeit herrschte und der kranke Mann Europas war. Fünf Millionen Arbeitslosen sollte der Weg in Arbeit geebnet werden. Doch erfüllt der Minijob heute in Zeiten von Fachkräftemangel und historisch niedriger Arbeitslosigkeit noch diesen Zweck? Ist es nicht so, dass er vielmehr einen willkommenen Zuverdienst für Beschäftigte, Studenten oder auch Rentner darstellt? Um keine Missverständnisse entstehen zu lassen: Minijobs sind wichtig für unsere Wirtschaft und aus Sicht vieler Branchen nicht mehr wegzudenken. Sie geben Betrieben die Flexibilität, die sie angesichts starrer gesetzlicher Regeln innerhalb der Beschäftigungspolitik benötigen. Rechtfertigt dies aber, die aktuelle Verdienstgrenze von 450 Euro künftig regelmäßig und parallel zur Mindestlohnanpassung zu erhöhen? Ich denke nicht.

Ausgangspunkt dieser Debatte war die Einführung des Mindestlohns in 2015. Seitdem klagen die Betriebe darüber, dass das Stundenvolumen von Minijobbern durch steigende Stundenlöhne bei gleichbleibender Verdienstobergrenze jährlich sinke. Anspruch unserer Arbeitsmarktpolitik ist es, zu gestalten, Probleme zu lösen

und die Beschäftigungssituation der Menschen zu verbessern. Der Fokus liegt dabei immer auf voll sozialversicherungspflichtiger und möglichst vollzeitnaher Beschäftigung. Schließlich geht es darum, ein Erwerbsleben so auszugestalten, dass das Auskommen auch im Rentenalter sichergestellt ist. Minijobs jetzt derart zu privilegieren, dass die Verdienstgrenze jährlich mit dem Mindestlohn steigt, würde diesem Anspruch nicht gerecht werden. Vielmehr würde der Anreiz, einen Minijob im Neben- oder gar Haupterwerb aufzunehmen, weiter steigen. Immerhin beziehen 360 000 Minijobber ergänzende Hartz-IV-Leistungen und profitieren in mehrfacher Hinsicht von der Solidargemeinschaft. Grundsätzlich ist nichts dagegen einzuwenden, wenn die Verdienstgrenze bei Minijobs der Lohnentwicklung der vergangenen Jahre Rechnung trägt. Dies sollte jedoch mit Maß und Mitte erfolgen.

Letztendlich ist geringfügige Beschäftigung eine arbeitsmarktpolitische Ausnahme und sollte es auch bleiben. Perspektivisch kommt es vielmehr darauf an, Betrieben jene Flexibilität zu geben, die sie für die Bewältigung von Auftragspitzen benötigen. Dazu zählt die Reform des Arbeitszeitrechts, aber auch die der Zeitarbeit. ●

CONTRA



Jana Schimke (39) ist seit 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages und dort im Ausschuss für Arbeit und Soziales. Sie leitet zudem die MIT-Kommission Arbeit und Soziales.

CDU-Vorsitz

Kandidaten präsentieren sich MIT-Vorstand

Wie sehr der Wettstreit um den CDU-Vorsitz die Partei belebt hat, wurde Mitte November im MIT-Bundesvorstand deutlich. Die Kandidaten Annegret Kramp-Karrenbauer, Friedrich Merz und Jens Spahn präsentierten sich jeweils eindrucksvoll den rund 70 Vorstandsmitgliedern. In der

anschließenden Diskussion standen vor allem wirtschaftspolitische Themen, aber auch Fragen rund um die Einwanderungs- und Integrationspolitik im Mittelpunkt. Zudem wurde über die Rolle der CDU gegenüber der Regierung und die Bedeutung der Parteivereinigungen diskutiert.

Mit großer Freude nahm der MIT-Bundesvorstand zur Kenntnis, dass alle drei Kandidaten für den CDU-Vorsitz wichtige MIT-Forderungen unterstützen. Auch wenn alle drei überzeugt sind: Das eingeholte Stimmungsbild ergab eine klare Präferenz für Friedrich Merz.



„Ich bin neu in der MIT, weil ...“

... mich Carsten Linnemann und die MIT-Kreisvorsitzende Beate Roll überzeugt haben.“



Thomas Heilmann

Bundestagsabgeordneter,
MIT Berlin Steglitz-Zehlendorf

... sie ein starker politischer Impulsgeber für eine Gesellschaft ist, in der jeder durch die Chancen der Digitalisierung etwas Wertvolles und Nützliches einbringen kann.“



Lara Urbaniak

Wissenschaftliche Mitarbeiterin,
MIT Berlin Mitte

... unsere Wirtschaftspolitik Antrieb und Konsequenz für Entscheidungen aus allen anderen Politikbereichen ist – und deshalb in der Union eine noch stärkere Stimme bekommen muss.“



Nils Schulze-Brüggemann

Rechtsreferendar,
MIT Hochtaunus

Thomas Heilmann (54) ist Internetunternehmer und Volljurist. Bevor er als Seiteneinsteiger in die Politik ging, gründete er einige Unternehmen mit. Bekannt wurde Heilmann als Mitgründer, Startfinanzierer und Kleingesellschafter verschiedener Startups, etwa mytoys, Xing, Pixelpark und Facebook. Von 2012 bis 2016 war Heilmann Berliner Senator für Justiz- und Verbraucherschutz. Seit 2013 ist er Vorsitzender der CDU Steglitz-Zehlendorf. 2017 zog er direkt in den Bundestag ein. Hier ist er Mitglied im Fraktionsvorstand und Sprecher des Arbeitskreises Zukunft der Arbeit. Sein wichtigstes ehrenamtliches Engagement gilt der Kinderhilfsorganisation „Save the Children“, deren Vorsitzender er ist. Heilmann lebt mit seiner Frau und vier Kindern in Steglitz-Zehlendorf.

Lara Urbaniak (28) arbeitet im Deutschen Bundestag und ist Expertin für digitale Kommunikation. Als gebürtige Hamburgerin engagierte sie sich im Ortsvorstand des CDU-Ortsverbandes Harvestehude/Rotherbaum. Ihre Leidenschaft für Politik und Kommunikation motiviert sie außerdem, einen Beitrag dafür zu leisten, jungen Menschen Politik näher zu bringen. Urbaniaks Social-Media-Account „Insta.Politik“ ist hierfür ein Versuch: Politische Sachverhalte, wie Gesetzesentwürfe oder die Funktionsweise des Deutschen Bundestages, werden visuell aufbereitet und erklärt. Darüber hinaus können diese Inhalte als Orientierungshilfe für Akteure der Politik dienen. Urbaniak stammt aus einer Familie, die geprägt ist von Unternehmertum und Selbstständigkeit.

Nils Schulze-Brüggemann (23) arbeitet neben seinem juristischen Referendariat als wissenschaftlicher Mitarbeiter in einer großen mittelständischen Frankfurter Wirtschaftskanzlei in der Abteilung IP/IT-Recht. Zuvor absolvierte er ein Jurastudium in Wiesbaden und Frankfurt. Seine politischen Interessen liegen neben der Wirtschaftspolitik vor allem in der Außen- und Verteidigungspolitik und der transatlantischen Zusammenarbeit. Nach Abschluss des Referendariats plant er weitere Studienaufenthalte in den Vereinigten Staaten. In seiner Freizeit engagiert sich Schulze-Brüggemann als stellvertretender Vorsitzender der Jungen Union (JU) Hochtaunus und als Schatzmeister der JU Bad Homburg. Ebenso liest er gerne wenn er nicht gerade beruflich oder politisch unterwegs ist.

Die MIT ist mit rund 25.000 Mitgliedern der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. In unserer Vereinigung ist jeder willkommen, der die ordnungspolitischen Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft schätzt. In dieser Rubrik stellen wir mit jeder Ausgabe drei unserer Neumitglieder vor. Mehr Infos zur Mitgliedschaft: www.mit-bund.de/mitgliedschaft

EU-Check

Irrwitzige Verordnung oder sinnvolle Richtlinie? In dieser Rubrik bewerten unsere EU-Experten des PKM Europe regelmäßig neue EU-Vorhaben.

Günstiger ins EU-Ausland telefonieren

Nach dem Ende der Roaming-Zuschläge wächst nun auch der Markt für die grenzüberschreitenden Gespräche. Egal ob Festnetz oder Mobilfunk, ab Mitte Mai 2019 gilt eine Deckelung der Tarife für Gespräche und SMS zwischen EU-Ländern. Sie wird bei maximal 19 Cent pro Minute (unabhängig von Festnetz- oder Handytelefonaten) und bei maximal 6 Cent pro SMS liegen. Darüber hinaus regt der neue Rechtsrahmen auch dringend notwendige Investitionen in Glasfaserleitungen und ultraschnelle Mobilfunknetze durch Gemeinschaftsinvestitionen an. Dabei wird ein ausgeglichenes Spielfeld zwischen kleinen Telekommunikationsbetreibern und den Altmonopolisten garantiert.

EU-Sammelklage nicht ausgereift

Nach dem „Dieselgate“ hat die EU-Kommission ihre Antwort präsentiert: den „Neuen Deal für Verbraucher“. Explizit sollen Verbraucher ihre Schadensersatzansprüche durch Sammelklage geltend machen können. Das gilt nicht nur für Produktvorschriften oder Dienstleistungen, sondern auch bei Verstößen gegen das Datenschutzrecht. Der Vorschlag geht deutlich über die deutsche Musterfeststellungsklage hinaus und bricht mit traditionellen europäischen Rechtsgrundsätzen: Für Kläger soll zukünftig automatisch geklagt werden. Das Prinzip „der Verlierer zahlt“ wird aufgeweicht. Klageberechtigte sollen zwar gemeinnützig sein und ein legitimes Interesse am Ausgang der Verhandlung haben. Letztlich obliegt es aber den Mitgliedstaaten zu definieren, wer klageberechtigt ist. Großkanzleien könnten sich dadurch den Ort mit den laxesten Bestimmungen als Klage-Forum aussuchen. Das EU-Parlament hat hier noch Klärungsbedarf.

Die Jury

Markus Ferber (CSU) und Dr. Markus Pieper (CDU) sind Mitglieder des Europäischen Parlaments und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand Europe



PKMEurope
der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Regierung entlastet Steuerzahler

Die Große Koalition hat einige zentrale MIT-Forderungen umgesetzt. Steuerzahler, insbesondere Familien, werden ab 2019 entlastet. Neben der Erhöhung von Kindergeld und Kinderfreibetrag steigt auch der Grundfreibetrag für alle Bürger. Das entspricht jährlichen Entlastungen um knapp zehn Milliarden Euro. Zum Ausgleich der Kalten Progression wird zudem der Steuertarif verschoben. Für die MIT können das aber nur erste Schritte sein: Der Kinderfreibetrag muss jetzt dem der Erwachsenen angepasst, der Soli vollständig abgeschafft und der Mittelstandsbauch abgeflacht werden.

MIT-Forderungen



MIT bildet aus

Die MIT-Bundesgeschäftsstelle bietet zum 1. Februar 2019 einen dreijährigen Ausbildungsplatz zur/zum Kauffrau/Kaufmann für Büromanagement an. Neben den allgemeinen Grundlagen der beruflichen Bildung erfolgt die Ausbildung in den Arbeitsbereichen Assistenz und Sekretariat, Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsmanagement sowie Buchhaltung als dritte Wahlqualifikation. Die Stellenbeschreibung sowie die Anforderungen sind online unter www.mit-bund.de abrufbar.

Büromanagement

MIT 5.0 – 50.000 IN 5 JAHREN UNSER GEMEINSAMES ZIEL FÜR EINE STARKE VEREINIGUNG



50.000 in 5 Jahren

Der Bundesvorstand hat mit „MIT 5.0 – 50.000 Mitglieder in 5 Jahren“ eine Kampagne zur Mitgliederwerbung entwickelt. Zuvor war in einem Arbeitskreis das Ziel formuliert worden, bis zum Jahr 2023 einen Mitgliederbestand von 50.000 Personen zu erreichen. Das würde einer Verdopplung gegenüber der aktuellen Mitgliederzahl entsprechen. Das Thema Mitgliederentwicklung soll künftig am Anfang jeder Bundesvorstandssitzung stehen, um die Entwicklungen in den Landes- und Kreisverbänden zu diskutieren. Ein besonders wichtiges Anliegen ist es ferner, die Anzahl der Mitglieder unter 30 Jahren zu erhöhen. Der Bundesverband will die Kreisverbände unterstützen, indem er unter bestimmten Bedingungen die Hälfte seiner Umlage für neu gewonnene jüngere Mitglieder den Kreisverbänden erstattet.

MIT für Technologie- offenheit

Der MIT-Bundesvorstand unterstützt die Bundesregierung bei ihrem Vorhaben, sich bei der Förderung im Verkehrssektor nicht ausschließlich auf Elektromobilität zu beschränken. Auch andere alternative Antriebe, wie zum Beispiel Gasantriebe, sollten in die Förderprogramme aufgenommen werden. Insgesamt sollte der Fokus der öffentlichen Kommunikation breiter aufgestellt werden und sich nicht nur auf Elektromobilität beschränken. Im Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD wurde klar festgeschrieben, dass der Weg zu einer nachhaltigen Mobilität technologieoffen gegangen werden soll. „Es bedarf eines zielgerichteten Umstiegs vom Verbrennungsmotor auf Alternativen, die sich nach den jeweiligen, teils sehr unterschiedlichen Bedürfnissen der Nutzer richten“, so die Vorsitzende der MIT-Verkehrskommission, Daniela Ludwig.



Bürokratieabbau

Julia Klöckner zu Gast in MIT-Kommission

Am Montag nach dem CDU-Parteitag war die frisch als stellvertretende Parteivorsitzende wiedergewählte Bundesministerin Julia Klöckner zu Gast in der MIT-Kommission Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz. Die Ministerin stellte das Konzept der digitalen Experimentierräume in der Landwirtschaft vor. Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft werde ein bundesweites Kompetenznetzwerk mit dem Schwerpunkt Bürokratieabbau aufbauen, so Klöckner. Sie sicherte zu, konkrete Abbau-Vorschläge, die zuvor von der MIT-Kommission eingereicht wurden, zu berücksichtigen.



Social Media 2018 in Zahlen (Stand: 11.12.2018)



Unser erfolgreichster Tweet:

Die Wahl des neuen Parteivorsitzenden hat die Debattenkultur innerhalb der CDU neu belebt. Auch in den sozialen Netzwerken wurde darüber gestritten. Deswegen ist es wenig überraschend, dass der Tweet dazu am 19. November unser erfolgreichster wurde.

30.000 Mal gesehen, 88 „Gefällt mir“-Angaben, 21 Mal geteilt, 18 Kommentare

Unser erfolgreichster Facebook-Post:

Unser Bundesvorsitzender wurde am 20. März zum stellvertretenden Vorsitzenden der Unionsfraktion im Bundestag gewählt. Und unser Facebook-Beitrag dazu wurde zu unserem erfolgreichsten Beitrag des Jahres.

19.283 erreichte Personen, 630 „Gefällt mir“-Angaben, 84 Mal geteilt, 85 Kommentare

Die reichweitenstärksten Vereinigungen von CDU und CSU:

Vereinigung	Facebook*	Twitter*
Junge Union	43.464	74.371
MIT	9.410	3.317
Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft	3.264	701
Frauen Union	3.090	986
Kommunalpolitische Vereinigung	572	192
Senioren-Union	357	101
Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung	340	76

Die reichweitenstärksten Bundestags-Parteien:

Partei	Facebook	Twitter	Summe
Bündnis 90/Die Grünen	184.559	437.155	621.714
AfD	439.394	127.272	566.666
SPD	188.205	353.726	541.931
Die Linke	253.573	250.305	503.878
FDP	147.796	328.783	476.579
CDU	183.873	269.323	453.196
CSU	211.534	184.401	395.935

Die Top 10 deutscher Politiker in den sozialen Netzwerken:

Politiker	Facebook	Twitter	Summe
Angela Merkel, CDU	2.544.094	0	2.544.094
Martin Schulz, SPD	439.956	696.850	1.136.806
Sarah Wagenknecht, Die Linke	450.511	392.637	843.148
Christian Lindner, FDP	250.778	313.918	564.696
Heiko Maas, SPD	46.772	298.525	345.297
Alice Weidel, AfD	234.936	61.179	296.115
Jens Spahn, CDU	118.234	80.299	198.533
Jörg Meuthen, AfD	105.820	36.108	141.928
Horst Seehofer, CSU	117.712	7.056	124.768
Kevin Kühnert, SPD	25.384	82.550	107.934

* in Follower (Abonnenten)

Die fünf größten MIT/MU-Kreisverbände

(31.10.2018)

Vechta
(Niedersachsen)

856 Mitglieder

Kreisvorsitz:
Werner Lübbe

Paderborn
(Nordrhein-Westfalen)

561 Mitglieder

Kreisvorsitz:
Ulrich Lange

Fulda
(Hessen)

560 Mitglieder

Kreisvorsitz:
Jürgen Diener

Rhein-Sieg-Kreis
(Nordrhein-Westfalen)

422 Mitglieder

Kreisvorsitz:
Andreas Stolze

Rhein-Kreis-Neuss
(Nordrhein-Westfalen)

475 Mitglieder

Kreisvorsitz:
Stefan Arcularius

Verbände mit dem größten absoluten Zuwachs

(31.12.2017 – 31.10.2018)

23

Dithmarschen
(Schleswig-Holstein)
23 Neumitglieder
Kreisvorsitz: Bernd Wilke

Bamberg-Land
(Bayern)
21 Neumitglieder
Kreisvorsitz:
Rudolf Schramm

21

Rendsburg-Eckernförde
(Schleswig-Holstein)
18 Neumitglieder
Kreisvorsitz: Günter Kohl

18

Oberhavel
(Brandenburg)
13 Neumitglieder
Kreisvorsitz: Andres Irmisch

13

Vechta
(Niedersachsen)
15 Neumitglieder
Kreisvorsitz:
Werner Lübbe

15

Verbände mit dem größten relativen Zuwachs

(31.12.2017 – 31.10.2018)

+383 %

Dithmarschen (Schleswig-Holstein)
Kreisvorsitz: Bernd Wilke

+75 %

Bamberg-Land (Bayern)
Kreisvorsitz: Rudolf Schramm

+44 %

Potsdam (Brandenburg)
Kreisvorsitz: Rüdiger Otto
(komm.)

+47 %

Rendsburg-Eckernförde (Schleswig-Holstein)
Kreisvorsitz: Günter Kohl

+36 %

Potsdam-Mittelmark (Brandenburg)
Kreisvorsitz: Wolfgang Schulz-Heidorf



Thorsten Friede
Friede Bauzentrum

Jan Siemer
Architekturbüro SKAI



**Zwei Visionäre.
Ein Netzwerk.
Doppelter Erfolg.
Nichts liegt näher
als die Haspa.**

Mit einem Netzwerk aus 60.000 Hamburger Firmenkunden schafft die Haspa es immer wieder, Firmen und Unternehmer zusammenzuführen, die gemeinsam noch erfolgreicher werden. So auch Jan Siemer vom Architekturbüro „SKAI“ und Thorsten Friede vom Friede Bauzentrum. Profitieren auch Sie auf haspa.de/unternehmernetzwerk.